

2014.2

KOMPASS

//kompass.im

Demokratie und Freiheit, Bürgerrechte und informationelle Selbstbestimmung,
Transparenz in Politik und Staat, existenzielle Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe,
freier Zugang zu Information und Bildung, ein bürgerfreundliches Urheber- und Patentrecht,

sowie weitere Themen, die Piraten bewegen

TRANSPARENZ
UND BETEILIGUNG

Fotomontage: CC BY-NC-ND Madlen Steiner, Uwe Kaufmann



PIRATEN WIRKEN ... VOR ORT!

Kommunalpolitik ist die Politik der kleinen Schritte, die viele Menschen im Alltag betrifft.
Was Piraten vor Ort bewegen:

SEITE 4

Energie

**DEZENTRAL STATT
KAPUTT-GEFRACKT**

SEITE 8

Bürgerrechte

**DIE LANGE LISTE
DER GRAUSAMKEITEN**

SEITE 12

Soziales

**TEILEN IST DAS
NEUE HABEN**

SEITE 20

KOMPASS

wird herausgegeben vom Denk Selbst e.V. und erscheint vierteljährlich. Die Zeitung gibt stets lediglich die Meinung der Autoren eines Artikels wieder. Diese Piratenzeitung ist keine Piratenpartei-Zeitung!

<http://kompass.im/>
kompass@piratenzeitung.de
Twitter: @Kompass_

Mitwirkende

Jürgen Asbeck/Timecodex (Red., V.i.S.d.P für die Seiten 13-24)
Michael Balke/Blake Haclemi (Red. und Vertrieb)
Radbert Grimmig (Lektorat)
be-him (Fotos / Karikatur)
Stefan Müller/stm (Red., V.i.S.d.P für die Seiten 1-12)
Ulrich Scharfenort/ulrics (Red.)
Christine Zander (Red., Layout)

Autoren

Jürgen Asbeck/Timecodex
Noa-Latif Dunkel, Nadine Heckendorn
Merten Herms, Thelva Esposito
Stefan Müller/stm
Ulrich Scharfenort/ulrics
Thaddeus Schirmer, Leonie Teufert
Olaf Wegner/Toth23, Christine Zander

Dank an

Andrea Deckelmann (Piraten Düsseldorf), Kai Schmalenbach (MdL Piraten NRW), Harald Paul (Piraten Köln), Nadine Heckendorn (Piraten Brandenburg), Frank Herrmann (MdL Piraten NRW), Merten Herms (PiRatsFraktion Braunschweig), David Grade (Piraten Dortmund), Lisa Gerlach (Piraten Köln), Frank Grenda (Piraten Düsseldorf), Holger Henning (Piraten Oberbergischer Kreis), Dieter McDevitt (Piraten Dortmund), Christopher Lauer (MdA Piraten Berlin), Christiane Schinkel (Pirateninfo.de), Dietmar Schulz (MdL Piraten NRW), Simon Kowalewski (MdA Piraten Berlin), Krähennest-Podcast NRW, Leonie Tonsen, DigitalCourage.de

Layout Christine Zander
(SG Gestaltung)

Vertrieb Michael Balke
vertrieb@denk-selbst.org

Finanzen Volker Neubert

Post an Kompass

Denk Selbst e.V.
z.H. Volker Neubert
Hackenbroicher Weg 24
50259 Pulheim



Alle Inhalte, Texte, Bilder und Illustrationen etc. stehen unter **Creative Commons BY-NC-ND** (soweit nicht anders gekennzeichnet)

Den exakten Lizenztext lesen Sie bitte vor Ihrer Nutzung im Web auf <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Ein Produkt der Arbeitsgemeinschaft

PIRATENZEITUNG

www.piratenzeitung.de

Editorial

Ahoi, liebe Lesende!



CC BY-SA MERTEN HERMS UND PIRATSFRAKTION BRAUNSCHWEIG

TTIP und CETA - Gefahr für die Daseinsvorsorge der Kommunen

Die Freihandelsabkommen TTIP und CETA: sie beinhalten die Öffnung der Märkte, auch für öffentliche Auftragsvergaben und Daseinsvorsorge auf kommunaler Ebene. Das sind Dienstleistungen und Infrastruktur wie Schulen, Kitas, ÖPNV, Wasserversorgung und vieles mehr. Freihandelsabkommen greifen damit in den Verantwortungsbereich der Kommunalpolitiker ein. Internationale Konzerne hätten dann die Möglichkeit, jenseits der EU-Vergaberichtlinien zu privatisieren oder die Vergabe von öffentlichen Aufträgen zu behindern. Die kommunale Selbstverwaltung ist verfassungsrechtlich verankert, solch tiefe Einschnitte sind nicht zuzulassen! Also hat die PiRats-Fraktion in den Rat der Stadt Braunschweig einen Antrag mit der Bitte um kritische Positionierung des niedersächsischen Städtetages zu Freihandelsabkommen erfolgreich eingebracht: siehe <http://pirat.ly/aut69>

Merten Herms ist Oberbürgermeister-Kandidat der Piraten Braunschweig

Deine Idee für den Kompass
Wir suchen Menschen mit Spaß am Schreiben und an Pirathemen!
Mach mit! Hier steht wie:
<http://kompass.im/mitmachen>
Redaktionskonferenz:
Jeden Donnerstag 20 Uhr Telekonferenz
Software dafür kostenlos downloaden:
<http://wiki.piratenpartei.de/Mumble#NRW>
NRW-Mumble-Server im Raum:
Piratenzeitung.
Redaktionswiki:
<http://wiki.piratenzeitung.de/?title=Kompass>

Post

Inklusion ist mehr als eine Rampe

Zur Kurzgeschichte im Kompass 2014.1 erhielten wir Post von Nadine Heckendorn aus Brandenburg:

Der Beitrag beschreibt sehr gut den Alltag von Menschen mit Behinderungen. Einfach mal Zug fahren ohne Anmeldung? Gefährlich! Urlaub ohne Absprachen über Türbreite und Badezimmerausstattung? Leichtsinnig!

Deutschland hat 2009 die UN-Konventionen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ratifiziert. Es gibt weiterhin viele Absichtserklärungen, etwas verändern zu wollen. Viele Beteuerungen, wie wichtig allen Inklusion ist. Nichts als Phrasen, ohne konkretes Handeln der politischen Akteure.

Recht auf sichere Existenz

Die gleichberechtigte Teilhabe in allen Bereichen des täglichen Lebens sollte selbstverständlich sein. Ist es aber leider nicht. Ein Beispiel: Gerade Menschen mit Behinderungen beziehen überdurchschnittlich oft Leistungen zur Grundsicherung.

Die Umsetzung des Rechts auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe ist ein wichtiges Anliegen der PIRATEN. Für viele Menschen mit Behinderung würde das zu einer deutlichen Verbesserung ihrer Lebenssituation führen.

Bis dahin gilt es, die größte Barriere auf dem Weg zur tatsächlichen Inklusion abzubauen - die in den Köpfen vieler Menschen.

Nadine Heckendorn ist Spitzenkandidatin der Piraten Brandenburg zur Landtagswahl 2014

**[Schreibt!]**

Die Redaktion freut sich auf Zuschriften und Anregungen: sendet sie an kontakt@denkselbst.org. Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Sozialliberal?

Was soll das denn jetzt?

Das ist doch total altmodisch! „Sozial“ ist out! Und „liberal“ auch! Heute sind wir alle total individuell und selbstbestimmt. Wir beuten uns selber aus, fühlen uns gut und modern dabei. Stehen gesellschaftlich irgendwo zwischen „links“ und „rechts“, je nach Herkunft.

„Sozialliberal?“ Was soll das denn heute noch heissen?

„Sozial“ ist der Gedanke, dass die Gemeinschaft sich gegenseitig hilft und unterstützt. „Liberal“, dass der Staat uns Bürger nicht wie unmündige Kinder bevormundet, und dann alimentiert. Uns das Geld zuerst wegbesteuert, um es je nach Wählergruppe hinterher zu verteilen.

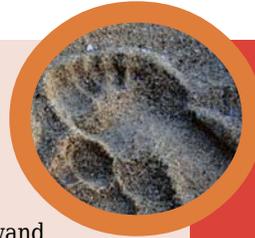
Sozialliberal bedeutet heute:

Menschenwürde und Selbstbestimmung, Freiheit vor Gewalt und Bevormundung, Demokratisierung der Gesellschaft, eine menschenwürdige Umwelt, die Reform des Kapitalismus unter Eindämmung zu grosser wirtschaftlicher Macht. Also: Gemeinschaftlich um alle kümmern und selbstbestimmt entscheiden. Das ist nicht altmodisch!

(Mehr zum Thema auf Seite 18)

CC BY-NC-ND Jürgen Asbeck/Timecodex

Piraten wirken vor Ort



In Städten, Landkreisen und Gemeinden gibt es vieles, was ohne allzugroßen Aufwand geändert werden kann. Das hilft dann allen Bürgern. Einige Beispiele aus der kommunalpolitischen Arbeit.

Seite **4**

Ärger mit der Energiewende

Braunkohle-Tagebau und Fracking sind Lösungen von gestern. Zwei Piraten aus NRW zu Energiegewinnungs-Alternativen:

Seite **8**

Kommunalsoli: Reichstadt muss für Armstadt zahlen

Seite **10**

Bedrohte Bürgerrechte

Neuartige Sicherheitsgesetze, gerne mal verfassungswidrig, höhlen Grundrechte aus und verändern unser Verhältnis zum Staat. Eine Liste mit aktuellen Vorfällen:

Seite **12**

Recht auf Rausch

Legalisierung von Cannabis ist ein Thema der PIRATEN Berlin. Christopher Lauer und Simon Kowalewski im Interview auf

Seite **14**

Donner von oben: Fluglärm



Seite **16**

Knappe KITA-Plätze



Seite **18**

Medientipps

Seite **19**

Teilen ist das neue Haben

Wie ein Garagenfund anderen Menschen Freude macht, mit ohne Ebay-Stress, steht auf

Seite **20**

Schule braucht Sozialarbeit

Seite **22**

Die Daten-Zecke



Seite **23**



VERANSTALTUNGEN

CC ZERO STEFAN MÜLLER/STM

06.06.

Die NSA-Spähaffäre jährt sich. Am 6. Juni 2013 wurden die ersten Dokumente von Edward Snowden vom „Guardian“ und der „Washington Post“ veröffentlicht.

28.-29.06.

Außerordentlicher Bundesparteitag der PIRATEN in der Messe Halle, Messestr. 10, 06116 Halle an der Saale

31.07.

Asyl von Edward Snowden in Russland läuft ab, können wir ihm in Deutschland Asyl gewähren?

23.-24.08.

FrOSCon 2014, Konferenz für Freie Software und Open Source, Hochschule Bonn-Rhein-Sieg in Sankt Augustin



PIRATEN

CC ZERO STEFAN MÜLLER/STM

wirken vor Ort

Gespräche und Berichte von und mit Piraten vor Ort.

Piraten wirken: Seit es die Piraten gibt, hat sich schon viel geändert. 2006 gegründet, 2009 auf fünfstelligen Mitgliederzahlen angewachsen, finden sich überall im Norden, Süden, Westen und Osten Piraten, die mit Anfragen, Aktionen und Gesprächen informieren, die etablierte Politik hinterfragen und antreiben. Gerade vor Ort in den Städten, Landkreisen und Gemeinden gibt es viel, was ohne allzugroßen Aufwand geändert werden kann. Das hilft dann allen Bürgern.

NETZPOLITIK

Im Berliner Bezirk Neukölln gibt es Internet bald gratis. Dafür setzen sich Piraten ein. Zu den Hintergründen hat Anne Helm, Bezirksabgeordnete aus Neukölln im Blog ihrer Fraktion einen Beitrag veröffentlicht. Pünktlich zum späten Frühling können die Neuköllner auf dem Rathausplatz Sonne tanken und dabei kostenlos über Freifunk im Internet surfen.

Das ist vielleicht nicht die große Revolution, aber wir können dennoch stolz darauf sein. Auf Antrag der Piratenfraktion wurde das Dach des Neuköllner Rathauses für den Förderverein Freie Netzwerke e.V. dafür freigegeben, drei Antennen (eine Richtfunkantenne und zwei Streuantennen) darauf zu installieren.

Die Lübecker Bürgerschaft hat am 27. Februar 2014 einstimmig den Antrag der Partei-Piraten (gemeinsame Fraktion „Die Partei“ und „Piratenpartei“) für die Freigabe der städtischen Standorte / Dächer für die Installation von Freifunk beschlossen. Nils van Eeckhoutte, der als Pirat und Freifunkaktivist den Antrag

vorbereitet hat, freut sich über die Zustimmung: „Die Politik hat sich damit für die digitale Zukunft der Stadt Lübeck und die Einbindung sozial benachteiligter Bürger in das digitale Zeitalter entschieden.“ Zukünftig werden alle Bürger und Touristen in Lübeck auf ein freies WLAN zugreifen können, was keine Kosten oder gar Volumenlimits nach sich zieht. Das Netz ist barrierefrei zugänglich. Es gibt weder Registrierung noch Anmeldung. Nutzerverhalten wird weder geloggt noch verarbeitet.

Harald Paul, Direktkandidat für den Stadtrat Köln und Listenplatz 1 für den Stadtbezirk Rodenkirchen zum gleichen Thema:

„Wir fordern mehr Hotspots. Es gibt im Moment in Köln insgesamt fünf von NetCologne. Da muss man sich aber anmelden. Da NetCologne zu 100 Prozent der Stadt gehört, wäre mehr möglich. In kleinen Rahmen kann man das jetzt schon selber machen. Wir haben es in der Kreis-Geschäftsstelle, ich persönlich in meinem Laden. Freifunk KBU heißt es dann bei uns, also „Freifunk Köln, Bonn“.

Kommunalpolitik ist oft eine Politik der Babyschritte.

Trotzdem haben die Piraten hier und da ihre Spuren hinterlassen.



TRANSPARENTER HAUSHALT

Die Uelzener Piraten Titus Tscharnke, Dirk Tietke und Rolf Tischer haben sich hingesetzt und die Daten des Haushalts der Stadt Uelzen in das internationale Projekt OpenSpending eingepflegt. Jetzt wurden die Daten weiter verarbeitet und sind auf offenerHaushalt.de als dritte Stadt Niedersachsens integriert.

Das umfangreiche Werk des Haushaltsplanes ist jetzt in einer grafischen Darstellung zu finden, die einen verständlichen Überblick schafft, was mit den Geldern der Stadt passiert.

Mit wenigen Klicks erkennt man, wohin das Geld fließt und wo die größten Kostenfallen sind. Wer dann Ideen zur Verbesserung hat, erhält bei der Bürgerversammlung zum nächsten Haushalt die Möglichkeit, seine Ideen einzubringen.

OPENDATA

Auf Antrag der Piratenfraktion legte die Stadt Braunschweig ein Konzept zur Bereitstellung von Kartenmaterial unter freier Lizenz vor. Dies eignet sich dann für Stadtplan-Ausschnitte auf Webseiten und Flyern, z.B. als Anfahrtsskizze, ohne dass Nutzer Angst vor Abmahnungen durch Kartenverlage haben müssten.

Damit bringt die Fraktion der Piraten im Rat der Stadt Braunschweig eine weitere Idee auf den Weg, mit der sie 2009 erfolgreich in den Kommunalwahlkampf gezogen ist. „Wir freuen uns!“, so Ratsherr Schicke-Uffmann. „Braunschweig macht im Bereich frei nutzbarer Daten einen Riesenschritt nach vorne und steht danach an der Bundesspitze.“

Die Piraten forderten in einem Antrag vom 10. Juni 2013, Planzeichnungen grundsätzlich als Vektordaten bereitzustellen, damit so eine Karte ohne Informationsverlust weiterbearbeitet werden kann.

PIRATENWIRKEN.DE

BÜRGERRECHTS-FREIE ZONEN UND GEFAHRENGEBIETE

Eine bundesweit einzigartige Glasverbots-Zone in der westfälischen Stadt Hamm steht vor dem Aus. Das Glasverbot (umgangssprachliche Bezeichnung) ist eine Verordnung der Stadt, die seit dem 1. November 2011 das Mitführen von Glasgetränkebehältern in großen Teilen der City untersagt. Das Verbot gilt rund um die Uhr.

Das Glasverbot wurde in Hamm erstmals am Rosenmontag 2010 und danach auf weiteren Großveranstaltungen praktiziert. Ende April 2012 hat Martin KesztÿÛs eine Klage gegen das Glasverbot vor dem Verwaltungsgericht Arnsberg eingereicht. Daraufhin machte der Rat aus der angegriffenen Allgemeinverfügung eine Verordnung, und verabschiedete sie im Dezember 2013. Jetzt ist das Mitführen von Glastrinkbehältern nur noch an wenigen Stellen der Innenstadt verboten. Ob das den Piraten Hamm reicht, bleibt offen.

ÜBERWACHUNG

Die Piraten-Fraktion NRW hat eine Aktion zu Videoüberwachung in den Städten gemacht. Eine große Anfrage im Landtag, die beantworten sollte, wie viele Kameras im Land und in den Kommunen hängen.

Frank Herrmann von der Fraktion: „Sie haben halt nur gesagt,

wie viel von Landesbehörden eingesetzt sind. Ein Großteil der Kameras, die man so in den Städten sieht, werden von Kommunen betrieben. Und deswegen haben wir Piraten, die kommunal aktiv sind gefragt, ob sie doch mal im Rat Bürger-Anfragen stellen.

Kameras in Schulen zum Beispiel. Dazu gibt es ein paar gesetzliche Notwendigkeiten. Man braucht ein Verzeichnisse, darin muss man beschreiben, warum man eine Kamera aufbauen will. Nach diesem Verzeichnis kann jeder in seiner Stadt fragen, schauen, ob da auch die Begründung richtig notiert ist. Gibt's überhaupt so ein Verzeichnisse?

Die Städte sind da nicht gerade sehr auskunftsfreudig. Deshalb werden wir etwas härter nachfragen. Ein schönes Thema für den Kommunalwahlkampf. Städte dokumentieren im Idealfall aber viel zu selten, was die Überwachung bringt. Selbst bei Tankstellenüberfällen hilft in der Regel das Autokennzeichen mehr als die Überwachungsbilder der Kameras.“

FREMDENFREUNDLICHKEIT

David Grade ist Oberbürgermeister-Kandidat für Dortmund und auf dem dritten Platz der Reserveliste für den Rat der Stadt Dortmund: „Dortmund ist eine Hochburg der Piraten. Da haben immer relativ viele Leute die Piraten gewählt. Ich hoffe

dieses Mal wird es auch wieder so sein. Wir haben ungefähr so 280 Mitglieder in einer Stadt mit knapp 600.000 Einwohnern.

Naziaufmärsche in Dortmund. Was geht ab? Wo können Piraten was bewegen?

David: „Da haben Piraten schon eine große Menge bewegt. Wir haben dort zwei sehr aktive Piraten. Die sind in vielen der Dortmunder Bündnisse gegen Rechts aktiv: Robert Rutkowski und Birgit Rydlewski. Die haben sehr stark daran mitgearbeitet, dass sich viele der Bündnisse die vor kurzem noch sehr wenig zusammen gearbeitet haben, zu einem Bündnis zusammengeschlossen haben: BlockaDO.“

Dieses Bündnis möchte Nazis auf friedliche Art und Weise blockieren. Es geht nicht darum, irgendwelche Menschen zu verletzen oder Krawall zu machen. Da haben wir ganz viel bewirken können, weil wir als Neue da reingekommen sind, in allen Bündnissen waren, uns nicht eben nur einer Seite zugeschlagen haben.“

Wie ist denn die allgemeine Situation mit der rechten Szene? Gibt es da Aufmärsche von denen, wie läuft das eigentlich so? Oder ist das zurückgegangen - gibt's eine Tendenz?

„Der Polizeipräsident hat sich den Kampf gegen Rechts auf die Fahnen geschrieben und das hat man deutlich gemerkt. Insofern hat sich die Situation schon ein

Stück weit verbessert. Gut ist sie aber noch lange nicht.

Wir haben weiterhin die Rechten. Die haben sich zusammengepfert hinter dem sogenannten „SS-Siggi“. Der ist seit einigen Jahrzehnten in Dortmund als Rechter aktiv und versucht kräftig Werbung für seine menschenverachtende Ideologie, dagegen stellen wir uns sehr klar.

Wir stellen uns auch gegen die AfD, die zwar nicht ganz so weit rechts, aber auch klar rechts ist und in Dortmund aktiv ist. Die nicht wohl ganz so menschenverachtend ist, aber wohl immer noch menschenverachtend genug, um unsere Verachtung zu verdienen.“

DROGEN

Auch im Bereich der Drogenpolitik setzen sich Piraten ein. David Grade aus Dortmund:

„Ich bin jetzt beim Thema Nordstadt Dortmund, wo viele Menschen darüber klagen: da gibt es doch sehr viele Drogendealer. Marihuana, Gras, alles. Und die Frage ist: was tut man dagegen, gegen dieses Kriminelle. Die verkaufen auch an Kinder, Jugendliche. Und bisher ist den Altparteien nichts anderes eingefallen, als dieses Problem ständig zu verschieben.“

Wir Piraten wollen den Leuten mehr Sicherheit geben und wir wollen den kriminellen Sumpf austrocknen. Wie machen wir das? Indem wir die Drogen lega-

Wahrung der Bürgerrechte ist immer noch ein ganz heisses Thema ...



Infostände - das A&O der kommunalen Basisarbeit





Und immer wieder reden, reden reden ...

... trotzdem innerparteiliche Arbeit und sich abstimmen ...

lisieren. Zum Beispiel über eine Regelung zu Cannabis. Wenn man die über Apotheken abgibt, oder über sogenannte *Cannabis Social Clubs*, hat man auf einen Schlag sehr viel von dem kriminellen Sumpf ausgetrocknet. Das gleiche gilt für die Abgabe von Diamorphin für die Heroin-User. Bisher bekommen die Methadon. Aber sie konsumieren Heroin immer noch zusätzlich bei, weil Methadon eben nicht so kickt wie Heroin. Diamorphin klickt anscheinend mehr.

Die Betroffenen könnten dann ein besseres Leben führen, und sie müssen nicht mehr soviel Geld beschaffen. Dadurch würde die Drogenkriminalität zurückgehen. Vielleicht können wir Piraten mit viel Glück das Zünglein an der Waage sein, um mal in Dortmund so ein Modellprojekt durchzusetzen.“

(Mehr zum Thema Drogenlegalisierung in diesem Heft auf Seite 14)

UMWELT

Lisa Gerlach, Wirtschafts- und Haushaltspolitikerin aus Köln: „Waldbadviertel ist das Stichwort, eine Bausiedlung. Das ganze auf einem bleiverseuchten Gelände. Wo alle sagten „alles flauschig alles gut, keine Verseuchung“ – und auf dem Boden lagen sozusagen Leichen. Früher gab es hier einen Schießplatz. Piraten haben dann Bodenproben ziehen lassen. Wir

haben festgestellt: natürlich ist da Verseuchung. Das hat dann dazu geführt, dass das Gelände saniert wurde. Das war sicher richtig, wegen der Familien, die dorthin ziehen wollen und ihre Kinder.

Der Kalkberg in Köln ist ein anderes Thema. Bei Ankauf durch die Stadt wären Sanierungskosten in Millionenhöhe zusammengekommen. Da kann man ganz konkret sagen: Alles, was die Piraten je an Parteienfinanzierung bekommen würden, haben die Kölner schon verdient.“

PRIVATISIERUNG

Aus der Kategorie „wie man auch außerparlamentarisch wirkt“ ein schöner Beitrag aus Isernhagen: vor zwei Jahren kam der Bürgermeister auf die Idee, sein Tafelsilber in Form des Abwasserkanalnetzes für 15 Millionen Euro zu verkaufen, um hohe Gemeinde-Schulden zu reduzieren. Die Gefahr für Bürger: Die Abwassergebühren würden dann vom neuen Betreiber bestimmt, inklusive eines saftigen Finanzierungs-kostenanteils. Der Gemeinderat beschloss einen Prüfauftrag für die Verwaltung, der bereits im Frühsommer so gut wie fertig war, jedoch erst am 27.11. im zuständigen Ausschuss vorgestellt werden sollte. Vorher gabs keine Informationen. Mit nur zwei offenen Briefen erreichte ein Pirat vor Ort eine Diskussion und schließlich den Stopp des Kanal-Ausverkaufs.

BETEILIGUNGEN

Eigenbetriebe und städtische Firmen sind oft ein Hort der Intransparenz. Hier bringen Piraten-Anfragen Licht ins Dunkel.

Lisa Gerlach, Wirtschafts-Piratin aus Köln, kündigt schon an:

„Mein persönliches Thema sind die Tochtergesellschaften der Stadt Köln. Allein die Bilanzen sind ein Buch von 1100 Seiten. Einige sind sicherlich sinnvoll, andere machen Verluste. Jede Firma hat ihren Geschäftsführer. Die Frage ist, wie nah er der Stadt steht. Ob da Filz und Klüngel im Spiel sind? Darauf freue ich mich persönlich sehr, ich habe 20 Jahre Erfahrung mit Bilanzen und solchen Geschichten aus dem Bereich Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung.“

POLITISCHE AUFKLÄRUNG

Holger Henning, aus Bergneustadt in der Nähe von Gummersbach, zweiter Kandidat auf der PIRATEN-Reserveliste für den oberbergischen Kreis.

„Wir haben im Moment ein wichtiges Thema: das ist die Klinik für Forensische Psychiatrie. Die soll bei uns im Kreis gebaut werden.“

Der Kreistag hat im Gebiet, in das seitens des Landes gebaut werden soll, eine alte Kaserne,

quasi eigenmächtig eine Naturschutzzone eingerichtet, um irgendwie zu verhindern, dass die Forensik da gebaut wird. Wir kritisieren das sehr scharf. Wir kritisieren vor allen Dingen die Verlogenheit, die da in der etablierten Politik unterwegs ist. Verlogen deshalb: dass der Bedarf da ist, ist bekannt. Die Parteien, die das jetzt bei uns unbedingt verhindern wollen, sind genau die gleichen Parteien, die im großen Verbund in der letzten Legislaturperiode beschlossen haben, dass die Forensiken gebaut werden.

Im Landtag haben die alle gesagt: hey, das müssen wir machen. CDU, SPD, Grüne. Dann gehen gerade diese Leute hin und sagen vor Ort: „nee, das können wir nicht machen. Wir müssen das verhindern.“ Die schüren wirklich Angst vor der forensischen Klinik.“

Wie wirken da Piraten konkret für die Menschen vor Ort?

„Wir können da momentan leider nur fordern, wir können aufrufen, bitte macht doch nicht diesen Terror. Bitte setzt euch mit den Gefahren, so groß oder klein sie sein mögen, ernsthaft auseinander. Informiert die Bürger und schürt nicht deren Ängste. In dem Moment, wo das rauskam, haben wir ein Positionspapier erarbeitet. Wenn der Bedarf da ist, und das Gelände dafür vernünftig ist, dann spricht da auch wirklich nichts gegen.“

Das politische Gespräch:

ENERGIEWENDE**Von der Braunkohle zu dezentraler, kommunaler Energieerzeugung!**

CC BY-NC-ND INTERVIEW JÜRGEN ASBECK/TIMECODEX MIT KAI SCHMALENBACH/@DAVE_KAY

Große Teile der Energieerzeugung beruhen in NRW noch immer auf Gas- kraftwerken unterschiedlichen Wirkungsgrades und Kohlekraftwerken. Ein Teil der Energie wird in Garzweiler gewonnen, einem ausgedehnten Braunkohletagebau, der große Flächen in Mondlandschaften verwandelt.

Nun hat die nordrhein-westfälische Landes- regierung, bestehend aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen, vor kurzem einen früheren Ausstieg aus dem Braunkohletagebau Garz- weiler II, sowie den Stopp der Umsiedlung zweier Dörfer angekündigt.

Weshalb setzt die Landesregierung wei- terhin auf die umweltzerstörende Art der Energieerzeugung mittels Braunkohle?

Kai Schmalenbach: Rot-Grün hat keinen früheren Ausstieg aus dem Braunkohleta- gebau angekündigt. Es wurde beschlossen, das Dorf Holzweiler nicht abzugeben und ein ausreichendes Gebiet stehen zu lassen, um Holzweiler nicht auf einer Insel zu haben. Dadurch werden laut Angaben von Rot-Grün 300 Millionen Tonnen Braunkohle nicht ab- gebaggert. Das bedeutet, im Ergebnis wird weniger Braunkohle gewonnen, aber einen früheren Ausstieg wird es dadurch nicht geben. Zum einen steigt die Effizienz der Kraftwerke, wodurch weniger Braunkohle benötigt wird und zum anderen werden die Braunkohlekraftwerke in Zukunft mit weni- ger Betriebsstunden laufen.

Die Regierung setzt aus unterschiedlichen Gründen weiter auf Braunkohlekraftwerke. Braunkohleverstromung trägt aktuell ent- scheidend dazu bei, dass wir Energieland Nummer 1 sind. Die Verstromung sichert im Moment eine ganze Reihe von Arbeitsplätzen und sorgt dafür, dass wir elektrische Energie exportieren. Zukünftig, so vermute ich ist der Plan, soll nach dem Bau der HGÜ-Stromlei- tungstrasse im Ausbaukorridor A, auch noch Braunkohlestrom für Versorgungssicherheit in BaWü sorgen, wenn der Meiler in Philipps- burg abgeschaltet wird.

Wie wird sich der Ausstieg auf die Umwelt auswirken, und kommt er zur rechten Zeit?

Kai Schmalenbach: Die Maßnahmen haben auf das Klima keinerlei Auswirkung. Der Be- reich, um den es dabei geht, steht ohnehin erst nach 2035 zur Abbagerung an. Garzweiler

ist ja nur eines der Braunkohleabbaugebiete in NRW neben Inden und Hambach. Wenn es überhaupt einen Effekt hat, dann erst nach 2035. Wir brauchen einen früheren komplet- ten Ausstieg aus der Braunkohleverstromung. Das ließe sich durch ein Braunkohleausstiegs- gesetz, wie wir es seit letztem Jahr regelmäßig fordern, gut lösen. Allein durch die Braunkoh- leverstromung wurden in 2012 nur in NRW 100 Mio Tonnen CO₂ freigesetzt und diese Menge muss so schnell wie technisch möglich auf Null reduziert werden.

NRW setzt bei der Stromerzeugung bis- her meist auf große Konzerne. Sollte der Focus in Zukunft nicht eher auf kurzen Leitungswegen durch Energieerzeugung vor Ort liegen?

Kai Schmalenbach: Ja! Die Piratenpartei NRW fordert genau das, einen schnellstmög- lichen dezentralen Ausbau der Energieerzeu- gung. Das Schöne daran ist, die Bürger tun das bereits an vielen Stellen. Jede Kilowatt- stunde, die nicht durch fossile Energieträger gewonnen wurde, ist ein Gewinn und jeder hat es in der Hand, sich daran zu beteiligen. Selbst beim Mieter kommen diese Möglich- keiten jetzt langsam an. So gibt es bereits „Guerilla-PV-Module“ für Sonnenenergie, die jeder auf seinem Balkon anbringen kann.

Weiterhin werden Bürgerenergieprojekte z.B. mit KWK-Anlagen für Wohnblöcke und kleine Siedlungen immer interessanter. Hier liegt ein großes Potential. Zudem ist es not- wendig, den Bedarf für die großen HGÜ-Lei- tungen zu überprüfen und statt der Korridore A, B und C nur B zu bauen (Suedlink) und die übrigen Finanzmittel in die Niederspan- nungsebene zu stecken, um die Verteilnetze vor Ort für diese veränderten Bedingungen fit zu machen.

Wie könnte eine dezentrale Stromerzeu- gung in kommunaler Hand funktionieren?

Kai Schmalenbach: Nun, dafür kommen als Partner vorwiegend die Stadtwerke in Frage,

**BaWü:** Baden-Württemberg**KWK:** Kraft-Wärme - Kopplung**Guerilla-PV-Module:**

Wechselstrom-Solarmodule

HGÜ: Hochspannungs-Gleichstrom- Übertragung**VDE:** Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik

die leider an zu vielen Stellen in konventionelle fossile Kraftwerke investiert haben. Sie könn- ten zum Beispiel „Contractor“ werden, also an- bieten, die Heizungen in Wohnblöcken, großen öffentlichen Gebäuden, oder Schwimmbädern gegen KWK-Anlagen zu tauschen und diese auch zu betreiben. Sie könnten den Ausbau der Stromtankstellen forcieren und so den öf- fentlichen Raum mit Energie für E-Mobilität ver- sorgen. Entscheidend aber bleibt, dass auch die Bürger ein Interesse an der Energiewende haben und diese selber mitgestalten können.

Welches energiepolitische Gesamtkon- zept hält die NRW-Piratenfraktion für zukunftsfähig?

Kai Schmalenbach: Der berüchtigte Mas- terplan, ein Wort, das im Landtag NRW in der Vergangenheit geradezu inflationär ge- braucht wurde. Ich glaube zunächst mal, dass niemand einen Masterplan haben kann, es ist auch nahezu unmöglich, denn die Situ- ationen in den unterschiedlichen Regionen sind zu verschieden. Fest steht, wir brauchen für die Energiewende schlicht und ergreifend jeden Bürger.

Alle können dazu beitragen, dass sie gelingt. Jeder kann daheim Energie sparen, viele können Energie produzieren und anbieten. Ich wünsche mir, dass wir die Energieriesen noch dazu bekommen, massiv in die Ener- giewende zu investieren und zwar auf dem Land statt in Offshore-Windparks. Der Strom aus diesen Windparks ist aktuell der teuers- te, den man aus regenerativen Quellen ge- winnen kann. Die Energieriesen haben nur dann eine Chance zu überleben, wenn sie JETZT SOFORT ihr Geschäftsmodell anpas- sen.

Kai Schmalenbach, vielen Dank für das Gespräch.

Kai Schmalenbach (MdL NRW der Piratenpartei), energiepolitischer Sprecher der Piratenfraktion im Landtag ist stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Sinnloses Gasbohren ohne Rücksicht auf Mensch und Umwelt

EU-PERSILSCHEIN FÜRS FRACKING

Gasbohren ist eine Bergbau-Technik aus den USA. Mit hohem Druck und viel Chemie werden winzige Gas-Reste aus dem Gestein gelöst. In Deutschland gab es das bisher nicht, denn Umweltprobleme für Wasser und Natur drohen vom hochgiftigen Fracking-Cocktail. Ein Gespräch mit Hanns-Jörg Rohwedder, Landtagsabgeordneter in NRW.



Es geht um ein Update zum Thema Fracking, speziell in NRW. Was läuft jetzt gerade so in dem Bereich, was sind die aktuellen politischen Dinge, die da jetzt angestoßen werden?

Hanns-Jörg Rohwedder: Im Moment ist tatsächlich eine Diskussion losgegangen. Es wundert mich, dass es vor den Kommunal- und Europawahlen läuft. Aber wenn die das so wollen ... Angefangen hat es mit Oettinger, dem EU-Kommissar. Der hat Fracking wieder aufs Tapet gehoben, mit der Begründung: wir sind ja so abhängig vom russischen Gas und bei der jetzigen politischen Krise müsste man ja angeblich die eigene Unabhängigkeit sichern.

Das Argument von Öttinger ist nicht von der Hand weisen. Auch unsere piratige Politik führt am Ende des Umstrukturierungsprozesses zur Unabhängigkeit. Allerdings aus einer anderen Motivationslage heraus und mit anderen Mitteln. Billigen Populismus auf Kosten Russlands haben Piraten nicht nötig. Der Punkt ist, dass der Dinosaurier Öttinger an der Methode der Steinzeit festhält. Der ist jede Woche für einen anderen Wahnsinn gut. Einerseits Einspeisevergütungen zu Gunsten von hochprofitablen Kapazitätsmärkten seitens der EU verbieten wollen, andererseits aber Einspeisevergütungen für neue Atomkraftwerke fordern, die noch nicht mal absinken, sondern auch noch ansteigen.

FRACKING BRINGT ES NICHT

Das Problem ist, dass Fracking dazu nicht geeignet ist in Deutschland, weil die Mengen, die produziert werden können, viel zu gering sind. Das Argument zieht also überhaupt nicht. Das in allererster Linie einfachste und zugkräftigste Argument ist, dass Fracking sich unter Einbeziehung aller externen und internen Kosten nicht rechnet. Bei politischen Debatten empfiehlt es sich daher, auf den Verzicht jeglicher staatlicher Förderung und volle Transparenz zu drängen. Zerrt den wirtschaftlichen Unverstand der Frackinglobby ans Tageslicht! Die wollen das sozusagen im gesicherten Modus als Staatsauftrag machen. Grundeinkommen für Prospektoren.



Zweitens ist es so, dass Russland selber ein Interesse daran hat, sein Gas zu verkaufen. Genauso wie Deutschland ein Interesse daran hat, das Gas zu importieren. Unabhängig von den Geschehnissen in der Ukraine, auf der Krim, denke ich, dass es da gar kein Problem gibt. Richtig: Russland war selbst in der Zeit des Kalten Krieges ein verlässlicher Partner, der seine Handelsbeziehungen nicht für politische Ziele eingesetzt hat. Russland ist nicht die USA.

Zum dritten ist es so, dass es auch Norwegen als Gasexporteur nach Deutschland gibt. Die Mengen des importierten Gases, die von Norwegen aus der Nordsee kommen, sind in letzter Zeit gestiegen. Also es stimmt nicht, dass wir da von Russland abhängig sind. Ich glaube auch nicht, dass es Schwierigkeiten mit den Lieferungen geben wird, weil beide Seiten interessiert sind, dass es weiterläuft.

Die Menge, die gefracked werden kann, ist wie gesagt zu gering. Auch der Zeitraum, in dem diese Produktion laufen würde, ist zu kurz. Insgesamt sind es nur einige Jahre, dann ist die Zitrone ausgequetscht. Dafür haben wir dann Ewigkeits-Schäden, die von den Kosten zumindest vergleichbar mit Braun- und Steinkohle sind. Ich bin mir ziemlich sicher, dass wir auch Probleme mit dem Wasser kriegen werden. Das ist also überhaupt keine Option.

GAS MAL NACHHALTIG

Also wir müssen keine Angst haben, dass uns das Gas ausgeht, dass wir nicht mehr heizen können?

Hanns-Jörg Rohwedder: Wir müssen Angst haben, dass uns das Gas ausgeht. Alle fossilen Brennstoffe werden ausgehen, weil sie endlich sind. Wir müssen eine Energiewende machen. Wir können Gas auch anders produzieren, wir müssen dabei aufpassen, dass das wiederum nachhaltig ist. Kein Widerspruch zwischen Tank und Teller, wie man so schön sagt. Wir können Stoffe, die jetzt als Abfälle einfach irgendwo vergammeln, vergasen. Da würde man zumindest einen kleinen Teil des Gasbedarfes decken. Generell müssen wir sehen, dass wir den Anteil an nicht nachhaltig produzierbaren Energieträgern drastisch reduzieren, auch aus Klimaschutzgründen.

Die Panikmache, die aus der EU und der großen Koalition kommt, ist also völlig gegenstandslos?

Hanns-Jörg Rohwedder: Ja, halte ich für ziemliche Panikmache. Es ist jetzt politische Konjunktur, die hochkommt. Es ist einfach nur dem Interesse der fossilen Konzerne geschuldet, die weiterhin versuchen wollen, die Energiewende zu verhindern, weil sie ihren Interessen und Geschäftsmodell widerspricht und zuwider läuft. Oettinger ist einfach nur ein Lobbyist und Propagandist.

Das Gespräch führte Stefan Müller

DER FRACKING SUPER-GAU

Wovor die Gegner warnen, ist eingetreten

In einem kleinem Örtchen namens Gronau-Epe kommt Öl aus dem Boden. Die Quelle: die nationale Notreserve der Bundesrepublik. Wahrscheinlich war dieses Lager in zahlreichen Gutachten als absolut sicher eingestuft. Fakt ist aber: hier tritt eine Flüssigkeit aus dem Boden aus, die unter Druck steht, da ansonsten ein derartiger Austritt nicht stattfinden würde. Das Szenario erinnert doch zu sehr an die Schreckensvisionen, welche Frackinggegner immer wieder als Gegenargument gegen diese Form der Gas- und Ölgewinnung angeführt haben. So hat diese Katastrophe vielleicht den Vorteil, dass sie uns, wie Tschernobyl und Fukushima bei der Atomkraft, die Gefahren des Frackings unmittelbar begreifbar macht. – ulrics

DER KOMMUNALSOLI IN NRWund seine Auswirkungen:

CC BY-NC-ND INTERVIEW JÜRGEN ASBECK/TIMECODEX MIT MDL DIETMAR SCHULZ/@DSLAWFOX

Im Rahmen des „Stärkungspaktes“ in NRW sollen 59 finanzstarke Gemeinden an 61 hoch verschuldete Kommunen 91 Millionen Euro pro Jahr zahlen. Alle Oppositionsfraktionen im Landtag NRW, viele Kommunen wenden sich strikt gegen diesen Plan der „rot-grünen“ Landesregierung.



Wir haben Dietmar Schulz gebeten, uns ein paar Fragen zu dem Thema zu beantworten. Dietmar Schulz ist Mitglied des Landtags NRW, Pirat, Volljurist, Rechts-/Haushalts-/Finanzpolitischer Sprecher Piratenfraktion NRW.

Was genau ist der „Kommunalsoli“?

Jährlich sollen 91 Millionen Euro in den Jahren 2014 bis 2022 von den „nachhaltig finanzstarken“ Kommunen im Wege des auch als „Abundanzumlage“ bezeichneten Solidarausgleichs aufgebracht werden. Dies bedeutet, dass die nach der Systematik des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) anzurechnende fiktive Steuerkraft einer Gemeinde ihren normierten Finanzierungsbedarf übersteigt. Heißt: Gemeinden, die mehr einnehmen, als sie ausgeben müssen, müssen an finanzschwache Gemeinden zahlen. Auch solche Einnahmen müssen hinzugerechnet werden, die tatsächlich nicht vereinnahmt werden. Das Gesetz geht z.B. von einem durchschnittlichen Gewerbesteuerersatz aus. So trifft es etwa Monheim im Rheinland besonders hart. Dort ist der Gewerbesteuererbesatz besonders niedrig. Dennoch wird Monheim so behandelt, als nehme es mehr ein und gehört damit neben Düsseldorf zu den beiden Top-Zählern.

Als Zahler der Umlage sollen die 59 Kommunen herangezogen werden, die im aktuellen Jahr „abundant“ sind und es auch mindestens zwei Mal in den vier vorangegangenen Jahren waren. Nicht zahlen müssen Gemeinden, die zwar abundant waren bzw. sind, aber gleichzeitig sog. Kommunen im Stärkungspakt sind. Schuldenfreiheit von Kommunen spielt nach dem Modell keine Rolle. Zu den Zahlergemeinden gehören somit auch 17 Gemeinden, die entweder unter Nothaushaltsrecht oder in der Haushaltssicherung stehen.

Insgesamt sollten auf diese Weise ursprünglich 1,2 Milliarden Euro aufgebracht werden. Nunmehr wird es am Ende bei der Hälfte bleiben. Die gesetzliche Vorgabe der Landesregierung wurde mit der Mehrheit von SPD/Grünen im November 2013 verabschiedet.

Welche Auswirkungen hat diese Maßnahme auf Land und Kommunen?

Erste Zahlungsbescheide der Bezirksregierungen sind 2014 an die Zahlerkommunen raus. Die Auswirkungen des Kommunal-Soli auf das Land und die betroffenen Zahlerkommunen hängen u.a. davon ab, wie der Verfassungsgerichtshof NRW über die Klage von Düsseldorf und Monheim entscheidet. Entweder er ist verfassungsgemäß: dann müssen die 59 Kommunen zahlen. Stellt er sich als verfassungswidrig und als Eingriff in die Kommunale Selbstverwaltung dar, wird das Land den betroffenen Kommunen aus dem Landeshaushalt Erstattungen leisten und selbst zahlen müssen. Das würde den Landeshaushalt rückwirkend belasten. Angesichts der jährlichen Neuverschuldung NRW in Näherung an die Schuldenbremse im Jahr 2020 und weit entfernt von einem ausgeglichenen Landeshaushalt wird dies NRW vor erhebliche zusätzliche finanzielle Probleme stellen, die wiederum nur durch erhöhte Bundeszuweisungen oder massive Einsparungen an anderer Stelle gelöst werden könnten. Ein Teufelskreis.

Für wen ist dieses Gesetz von Vorteil?

Von Vorteil ist das Gesetz sicher für die Empfängerkommunen. Aber auch dort ist der Soli angesichts der Gesamtverschuldung der Gemeinden nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Welche Probleme können sich aus ihm ergeben?

Die Zahlergemeinden könnten dem Fehlanreiz erliegen, selbst schlechter zu wirtschaften, um aus der Zahlungsverpflichtung zu entfliehen. NRW ist einschließlich der Kommunen im Fiskalpakt gebunden. Weitere Sparanforderungen werden dazu führen, dass sich die

Daseinsvorsorge in den Städten und Gemeinden verschlechtert, wenn keine zusätzlichen Einnahmen aus dem Bund hinzukommen. Die Verschuldungssituation auch der Zahlergemeinden wird sich dramatisieren.

Ist der Kommunalsoli sinnvoll, oder gibt es eine Alternative dazu?

In der vorliegenden Form ist er es nicht. Er verlagert die Lasten vom Land teilweise auf die 59 Gemeinden. Das Land NRW ist nach der Landesverfassung verpflichtet, die Kommunen auskömmlich mit finanziellen Mitteln auszustatten. Dieses verfassungsmäßige Obligo wird derzeit vom Land NRW nicht erfüllt. Sinnvoll ist der Soli alleine dann, wenn gewährleistet wird, dass die zur Zahlung verpflichteten Gemeinden nicht weiter selbst in den Schuldensumpf gezogen werden. Durch den Soli werden sparsame Gemeinden nachträglich für ihren Sparwillen bestraft.

Insgesamt sehe ich zu Gunsten der Kommunen keine andere Möglichkeit, als vorrangig eine Reform des Länderfinanzausgleichs und zu fordern und dass kurzfristig die Bundeszuweisungen dauerhaft angehoben werden. Angesichts der Situation, dass im Jahr 2020 die Schuldenbremse greift, wäre NRW angesichts der großen Koalition in Berlin gut beraten, sein Gewicht als bevölkerungsreichste Bundesland im Bundesrat über die Koalitionsgrenzen in NRW hinweg konzertiert für einen Vorstoß Richtung Berlin in die Waagschale zu werfen. Nur so wird es gelingen, die Kommunalfinanz in NRW langfristig zu sanieren.

Kompass: Dietmar Schulz, vielen Dank für das Gespräch.



DER SOLI VOR ORT

CC BY-NC-ND INTERVIEW JÜRGEN ASBECK/TIMECODEX MIT ANDREA DECKELMANN/WAKO, FRANK GREENDA/@EISELF & DIETER MCDEVITT/@MRCALVINHOBBES

Wir haben Andrea Deckelmann, Frank Grenda und Dieter McDevitt gebeten, uns ein paar Fragen zu dem „Soli“ zu beantworten. Andrea Deckelmann ist Vorsitzende der Düsseldorfer Piraten, Frank Grenda der Spitzenkandidat bei der Kommunalwahl in Düsseldorf. Dieter McDevitt ist der Pressesprecher der Piraten der Stadt Dortmund. Er kandidiert auf der Liste für den Dortmunder Rat und möchte sich dort auch um den Haushalt kümmern.

Was bedeutet der „Kommunalsoli“ für eine wohlhabende Stadt wie Düsseldorf, oder für eine wirtschaftlich angeschlagene Kommune wie Dortmund?

Andrea Deckelmann: Wohlhabend sind wir nicht gerade. Durch den Status Landeshauptstadt und den Flughafen haben wir viele große Gewerbesteuerzahler in der Stadt. Düsseldorf zahlt aber bereits 328,7 Millionen Euro in den großen Umlagetopf. Jetzt werden wir zusätzlich bestraft, weil wir die letzten Jahre ordentlich gewirtschaftet haben.

Dieter McDevitt: Eigentlich wäre es wichtig für uns, dieses Geld zu bekommen, da Dortmund immer knapp am Nothaushalt vorbei schrammt. Dortmund schafft es nur mit Tricks nicht in die Haushaltssicherung zu rutschen. So sind z.B. die beschlossenen Ausgaben der Bezirksvertretungen von 2013 auf 2017 verschoben worden. Die (notwendige) Tarifierhöhung trifft die Stadt sehr hart, aber das Personal der Stadt fährt in vielen Teilen schon im roten Bereich. Ein wenig mehr Flexibilität bei den Investitionen wäre schön und würde Dortmund bestimmt nicht schaden.

Wie hoch wird das betroffene Finanzvolumen sein?

Dieter McDevitt: Ich kenne da noch keine Zahlen, aber das ist auch uninteressant, da die Geberkommunen klagen werden und meiner Meinung nach auch gute Chancen haben. Somit würde ich als Kämmerer nicht mit diesem Geld planen.

Frank Grenda: Nach den veröffentlichten Zahlen soll Düsseldorf zur Zeit knapp 13,3 Millionen Euro in den Topf einzahlen, das macht 0,5% des Gesamthaushaltes aus. Das hört sich erstmal wenig an, jedoch muss man dabei bedenken dass die Stadt in den letzten Jahren einen ausgeglichenen Haushalt gehabt hat, woher das Geld kommen soll, interessiert das Land nicht. Dazu kommen nochmal 22 Millionen Euro aus dem Tarifabschluss, wo auch keine Kommune selbst verhandeln kann. Wir wol-

len als Stadt aber schuldenfrei bleiben, da die früher gezahlten Zinsen nun in Investitionen wie Schulen und Sportplätze gesteckt werden. Wo genau das Geld eingespart wird, wird gewiss der neue Rat entscheiden. Schlussendlich wird der Düsseldorfer Bürger der Leidtragende sein, da andere Städte ihre Hausaufgaben in den vergangenen Jahren nicht gemacht haben.

Sollte dieses Geld nicht besser in der Stadt, aus der es kommt, verwendet werden (um Bürgerleistungen zu schaffen und zu erhalten) oder löst es anderorts die dringendsten Finanzprobleme?

Andrea Deckelmann: Alle Bürger haben, egal wo sie wohnen, einen Anspruch auf ein gleiches Lebensumfeld. Durch die kommunale Selbstverwaltung ist es aber jeder Kommune selbst überlassen, ob sie Kindergärten umsonst anbietet, eigene Verkehrsbetriebe unterhält oder sich teure Prestigeprojekte leistet, wie Duisburg Innenhafen. Auch haben Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung einen Einfluss auf das Umfeld und damit auf das Steuervolumen. Hier haben einige Kommunen den Wandel verschlafen. Sollte es bei dem Kommunalsoli bleiben, gehe ich davon aus, dass die bisherige Förderung wie Rhein-Oper, ÖPNV-Verkehr für Nachbargemeinden, in Frage gestellt werden. Dies ist der falsche Weg, Besser wären einheitliche Standards für Gesamt-NRW, die dann gemeinsam getragen werden. Hier ist die Landesregierung in der Verantwortung.

Dieter McDevitt: Das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Das Thema Kommunalfinzen muss dringend auf die Tagesordnung, aber eben nicht mit Neid und Missgunst, sondern wir müssen sehen, wo die Kommunen unverschuldet in Probleme geraten sind und wo „jahrelanges SPD-Wirtschaften“ der Grund der Probleme ist. Wer in verschuldeten Kommunen überbeuerte Leuchtturm-Projekte durchführt, sollte sich einige Fragen gefallen lassen. Mehr Transparenz bei solchen Projekten zaubert zwar kein Geld her, aber wenn vorher die Kon-



Dieter McDevitt

Andrea Deckelmann

Frank Grenda

sequenzen deutlich sind, dann überlegt sich der eine oder andere, ob er wirklich für das Projekt stimmt.

Halten die Dortmunder oder die Düsseldorfer Piraten den „Kommunalsoli“ für eine gerechte und sinnvolle Sache?

Dieter McDevitt: Solidarität ja - mit dem sogenannten Kommunalsoli werden aber Unklarheit, Unselbstständigkeit und Ungleichheit geschaffen und auf Dauer gestellt. Deswegen glauben die Dortmunder Piraten, dass es so nicht geht. Wer den Soli bekommt, der wird geknechtet. Jedes Darlehen lässt dem Kreditnehmer mehr Freiheiten als der Kommunalsoli. Man kann das natürlich solidarisch finden, wenn es allen schlechter geht als vorher. Aber sinnvoll ist es deswegen noch lange nicht...

Frank Grenda: In den letzten Jahrzehnten haben Städte schon immer unterschiedliche Gewerbesteuereinnahmen gehabt. Durch die Landschafts- und Gewerbesteuerumlage wurde auch schon immer zurückverteilt. Auch regeln das Gemeindefinanzierungsgesetz und die Schlüsselzuweisungen vieles.

Neu ist, dass eine Zwangsabgabe eingeführt wurde, ohne dass die Nehmerkommunen irgendwelche Bedingungen erhalten. Es wird nicht hinterfragt warum sie in der Situation sind und konkrete Veränderungen werden nicht eingefordert. Hier wird sich zukünftig zeigen was mit der Gesamtsumme von 646 Millionen Euro passiert.

Wir glauben nicht daran, dass andere Städte dem Modell „kostenlose KITA“, Masterplan Sport oder Schule folgen werden und damit einen klaren Nutzen für die Bürger zu schaffen. Die Kommunen werden weiterhin unnötig Geld ausgeben, um aus der neuen Verteilung weiterhin zu profitieren, das zeigen die Erfahrungen aus dem Stärkungspaktgesetz aus dem Jahr 2011.

BEDROHTE BÜRGERRECHTE

CC ZERO STEFAN MÜLLER/STM



In unserer Verfassung, dem Grundgesetz, sind viele Bürgerrechte festgeschrieben. Doch wie sieht es in der Realität aus? Fast alle Grundrechte gelten nicht unbeschränkt, und immer neue Sicherheitsgesetze knabbern Stück für Stück an unseren zahlreichen Freiheiten. Mit ihrer 80-Prozent-Mehrheit im Bundestag kann die Große Koalition CDU, CSU und SPD sogar das Grundgesetz umschreiben: hier einige Bedrohungsfälle aus dem Alltag.

Unsere Gen-Daten werden ausgeforscht

Das Recht auf „vom Staat in Ruhe gelassen werden“ wird stetig aufgeweicht: *Frau? Verdächtig!* – nach Krefelder Babymord gibts einen Massen-Genetest in der Zielgruppe. Da kommt die Polizei an die Haustür. BürgerIN #72443291 (Merkmal: gebärfähig) hat sich zu fügen und ihr Teststäbchen brav zu schlucken. Der Mundhöhlenabstrich (freiwillig) oder Hautabrieb (wenn die Person ein Eindringen in eine Körperöffnung verweigert) sind hier entsprechende Verfahren. Warum nicht gleich überall Ausweiskontrolle und Straßensperren jederzeit, um jeden Verbrecher zu schnappen? Bei der nordrhein-westfälischen Einbruchskriminalität haben die Ermittler jedenfalls kein Erfolgs-Konzept. Da muss in einem Einzelfall ein exorbitant teurer Hightech-Genetest so totalitär umgesetzt werden, dass die DDR-Stasi begeistert klatschen würde.

Die Piraten in Krefeld haben aufgeschrieben, warum sie keinen Massen-Genetest wollen. Die Spitzenkandidatin der Piratenpartei für die Kommunalwahl, Michaela Sorger meint: „Allein die Vorgehensweise der Polizei von Tür zu Tür zu gehen, schüchtert die Menschen ein. Warum lädt man nicht an eine zentrale Stelle ein, wie es schon in vielen anderen Fällen geschehen ist? Dies würde Kosten sparen und die Frauen, vor allem die jungen Mädchen, nicht so einschüchtern. Die Formulierung „Es werden jedoch seitens der Polizei weitere Ermittlungen, insbesondere im Umfeld der Frau durchgeführt, um einen Tatverdacht sicher ausschließen zu können.“ wird von vielen Frauen als Nötigung empfunden. „Was denken die Nachbarn dann über mich?“ Dieser Gedanke wird viele Frauen dazu bringen, den Test zu machen, obwohl sie ihn lieber nicht machen möchten.“

Überwachung aus dem EU-Ausland wird billig und einfach

Bulgarien darf jetzt auf dein Handy: Weitgehend unbeachtet erlangen auch Mafia-zersetzte EU-Staaten Überwachungs-Kompetenzen für Telekom und Konto! Telepolis schreibt: „Anordnungen von Hausdurchsuchungen, Spitzeleinsätzen, Telekommunikationsüberwachung, Trojanern und zur Aufhebung des Bankgeheimnisses sind nun unter allen EU-Mitgliedstaaten möglich“.

Das Beste: *die Kosten trägt in den allermeisten Fällen der Wohnort-Staat*, also hier eben Deutschland zahlt, was ja zu uferloser Überwachung aus dem EU-Ausland einlädt. Die Ergebnisse wandern über Grenzen hinweg, bei der nächsten Einreise gibts eine Anklage und Schikane an der Grenze. Das Machwerk der Bürgerrechtsfeinde heißt „*Europäische Ermittlungsanordnung*“ und daran zeigt sich, wie wichtig PIRATEN in Europa sind. Diese ausgekugelte EU-Richtlinie geht gar nicht und ist publikumswirksam zu bekämpfen. Wehrt! Euch!

Verfassungsgericht unter Altparteien-Zorn

Das Bundesverfassungsgericht kippt die Drei-Prozent-Hürde für Europawahlen, und liefert ein paar Andeutungen, dass auch die altvertraute Fünf-Prozent-Hürde bei Bundestagswahlen nicht unanfechtbar ist. Altpartei-Politiker, insbesondere der erzkonservative Xantener Kreis in der CDU, reagierten erbost. Denn unliebsame Konkurrenz könnte das gute Geschäft mit den hochdotierten Pöstchen stören. Über 15 Prozent der Bundestagsstimmen fielen aus der Sitzvergabe raus, stattdessen gingen die Sitze eben an die fünf Gewinnerparteien CDU, CSU, SPD, GRÜNE und LINKE.

Schon startete Finanzminister Wolfgang Schäuble einen Testballon: könnte es möglich werden, das Verfassungsgericht in seinen Zuständigkeiten zu beschneiden? Ärgerlich für die Politik: sobald Richter erstmal im Amt sind, entscheiden sie eher nicht loyal für die Partei, die sie ins Gericht auf 10 Jahre reingewählt hat. CDU-Fraktionschef Volker Kauder verstieg sich zur Bewertung, dass viele der jüngsten Entscheidungen aus Karlsruhe eine Liberalisierung der Gesellschaft vorantreiben und so die eigenen Zuständigkeiten überschreite.

Die Gesetzesvorstöße zur Vorratsdatenspeicherung, zur Wahlgleichheit bei der Wahl zum Europaparlament oder dem Recht auf Sukzessivadoption homosexueller Paare waren nicht mit unserem Grundgesetz vereinbar und wurden vom Bundesverfassungsgericht gekippt und dafür gibt es dieses Gericht. Es sorgt für Ausgleich und somit für Frieden und Gerechtigkeit. Wer das in Frage stellt, weil ihm die Urteile nicht gefallen, gefährdet ein grundlegendes Element unserer Gesellschaft, die Gewaltenteilung. Der Vorstoß des Xantener Kreises zeigt, dass das Bundesverfassungsgericht offensichtlich einiges richtig macht, wenn es in rigiden Urteilen immer wieder konservativen Gesetzesvorhaben den Riegel vorschiebt. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes wussten damals genau, was sie taten, als sie das Verfassungsgericht mit diesen Rechten ausgestattet haben. Das Grundgesetz sollte vor den Begehrlichkeiten der nachfolgenden Politikergenerationen geschützt werden.

ACTA, CETA, TTIP: internationale Abkommen

Entrechtter-Scrabble: Vorher gabs ACTA, danach gibts TTIP/TAFTA und als Snack zwischendurch: CETA! Das europäisch-

kanadische Abkommen CETA beinhaltet bürgerrechtsfeindliche Regelungen. **So droht etwa Knast für Kopieren. Schon im Sommer könnte CETA diskussionslos unterzeichnet sein.** Ist das die neue Mitmach-Demokratie der Europäischen Union, wenn irgendwelche Filmrechte-Verwerter Leute für Pornokopieren hinter Gitter bringen? Eine Petition gegen CETA läuft.

Die Piratenpartei Deutschland brachte auf ihrer Webseite ein bisher geheimgehaltenes Dokument aus dem CETA-Handelsabkommen. Verhandlungen dazu finden aktuell im Hinterzimmer zwischen Kanada und Europa statt. Konkret handelt es sich dabei um das Kapitel Immaterial Property Rights (IPR), in dem es um geistige Eigentumsrechte, Patentrechte und Markenschutz geht.

Urheberrechtsexperte und EU-Kandidat der Piratenpartei Deutschland, Bruno Gert Kramm findet klare Worte für den bisher neuesten Beleg intransparenter Lobbypolitik auf europäischer Ebene: „Die Dokumente offenbaren ein weiteres Mal das vollkommen aus dem Gleichgewicht geratene Selbstverständnis von EU-Kommissaren und Vertretern großer Konzerne und Verbände. Im Windschatten der oberflächlichen öffentlichen Debatte um Chlorhühnchen im transatlantischen Freihandelsabkommen zwischen USA und Europa entsteht mit CETA ein weiteres Abkommen im Stile von ACTA,“ so Kramm.

Dabei haben gerade Freihandelsabkommen als völkerrechtlich bindende Vereinbarungen handfeste Auswirkungen auf die nationale Gesetzgebung, kann der Gesetzgeber die mit den Abkommen eingegangenen internationalen Verpflichtungen im Nachhinein doch kaum noch entschärfen, modifizieren oder zurücknehmen. „Den meisten Menschen sind die Auswirkungen von CETA und TAFTA auf die eigene, zunehmend digitalisierte Lebenswelt kaum bewusst. Doch die Zirkulation von Wissen, Schöpfungen und Informationen im Netz kennt keine nationalen Grenzen. Damit stellen gerade restriktive internationale Regeln eine Gefahr für das Wissen im Netz und seine Nutzer dar. Aus diesem Grund müssen bilaterale Abkommen wie CETA transparent und unter Berücksichtigung aller Interessensgruppen – und eben nicht nur der Industrieverbände und Unternehmen – ausgehandelt werden“, fordert Kramm weiter.

So enthält das von den PIRATEN veröffentlichte CETA-Kapitel zum geistigen Eigentum einige kritische Punkte, deren Auswirkungen auf die Störerhaftung und die Durchsetzung von Schadensansprüchen gegenüber Nutzern in ihrer Tragweite kaum abzusehen sind. Zusammen mit der Europäischen Ermittlungsanordnung (siehe oben) erlaubt es, Nutzer auszuspähen und wegen irgendwelcher

Downloads leicht zu kriminalisieren. Bisher wurde noch jedes neue Überwachungstool missbraucht. Die Copyright-Rechtslage unterscheidet sich stark von EU- zu EU-Land. Alle Bausteine fallen zusammen: der Rechteverwerter-Terror wird ungeahnte Dimensionen erhalten, wenn sich hier kein Protest regt.

Weiterhin fällt die Erwähnung von Camcorderaufzeichnungen auf, die sowohl Lichtspielhäuser als auch öffentliche Aufführungen betreffen dürfte, hier birgt die im Vertrag vorgesehene Möglichkeit, bisher rein zivilrechtlich geahndete Durchsetzungen in den strafrechtlichen Bereich zu verlagern, nicht zu unterschätzende Gefahren für Privatpersonen. Die Störerhaftung und die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen und abgeleiteten Forderungen können durch CETA eine weitreichende Verschärfung erfahren.

Wie schon bei ACTA und TTIP werden aus dem Elfenbeinturm heraus Bedingungen für den internationalen Handel über die Köpfe vieler hundert Millionen Bürger auf beiden Seiten des Atlantiks entschieden, ohne auch nur ein Quäntchen Mitbestimmung zu ermöglichen. Gerade im Zeitalter der digitalen Partizipationsmöglichkeiten wie Onlinebefragungen und Volksabstimmungen stellt sich die Frage, ob nicht die grundsätzliche Legitimation dieser undemokratischen und entmündigenden Handelsabkommen hinterfragt werden muss. Wenn Regierungen die ihnen auf Zeit anvertraute Macht immer bereitwilliger an die Konzerne abtreten, müssen Bürger die Reißleine ziehen.

Neben notwendiger Transparenz und Mitbestimmung bei der Aushandlung solcher Abkommen stellt sich für die PIRATEN auch die Frage, ob in einer global vernetzten Welt der Handel ohne Grenzen überhaupt bilateral gelöst werden sollte oder nicht von vornherein multilateral und grenzenlos gedacht werden muss.

Nicht vergessen: wo CETA herkommt, sind noch jede Menge anderer Dinge in der Pipeline. Sprech mal im EU-Wahlkampf die Parteien darauf an.

Ein Lichtblick: Europäischer Gerichtshof kippt die Vorratsdatenspeicherung

Die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung (VDS) ist unverhältnismäßig und ist aus diesem Grund vom Europäischen Gerichtshof im April 2014 für ungültig erklärt worden. Denn VDS erzeugt das beklemmende Gefühl, dass das Privatleben Gegenstand einer ständigen Überwachung ist. Ein Lichtblick, auch wenn konservative Hardliner neue Forderungen nach Überwachung aufstellen.



MEINE WAHL! HANF LEGAL?

Piraten zur Legalisierung von Cannabis

SCHÜLERINTERVIEW: CC BY-SA NOA-LATIF DUNKEL, THELVA ESPOSITO, THADDEUS SCHIRMER UND LEONIE TEUFERT, 10. KLASSE DER FREIEN WALDORFSCHULE HAVELHÖHE EUGEN KOLISKO, BERLIN-KLADOW

Die am meisten konsumierte illegale Droge Berlins ist Cannabis. Seit einiger Zeit beschäftigt sich die Politik mit der Legalisierung dieses Betäubungsmittels. Die Piratenpartei setzt sich für die Legalisierung von Cannabis und die Eröffnung des ersten Coffeeshops am Görlitzer Park in Kreuzberg ein. Ob die Legalisierung zustande kommt, ist ungewiss. Und wie wird das Konzept umgesetzt?

Ein Interview mit dem gesundheitspolitischen Sprecher Christopher Lauer und dem Sprecher für Sucht- und Drogenpolitik Simon Kowalewski von der Piratenfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

Warum ist Marihuana eigentlich verboten?

Simon Kowalewski: Im Zweiten Weltkrieg gab es große Image-Kampagnen in den Vereinigten Staaten wie in Europa, speziell in Deutschland, die Bauern dazu aufgefordert haben, Hanf anzubauen, da Hanf für die bei den Kriegsschiffen benötigten Taue gebraucht wurde. Andererseits gab es dazu eine Gegenbewegung, die sogenannte „Reefer Madness“ (Titel eines polemischen US-Aufklärungsfilms). Sie war vor allem in den Vereinigten Staaten stark verbreitet. Dort wurden gerade schwarze Menschen als marihuanaabhängig dargestellt. Dann war der Zweite Weltkrieg vorbei und Hanf war somit nicht mehr kriegswichtig. Es stand also nur noch dieser Teufelsdrogenaspekt im Vordergrund. So entstand auch der sogenannte „War on Drugs“. Die Vereinigten Staaten haben gesagt: „Wir wollen eine drogenfreie Welt, spätestens im Jahre 2000. Deswegen verbieten wir jetzt alle Drogen.“ Man sieht ja, wie gut das geklappt hat.

Ist die Piratenpartei für eine Legalisierung von Marihuana?

Simon Kowalewski: Ja. Also das steht bei uns im Programm, dass wir uns tatsächlich die Freigabe aller Drogen wünschen, einschließlich Marihuana. Die Repression ist in unseren Augen gescheitert. Sie versucht, den Nachschub der Drogen zu verhindern. Wir wollen durch eine Legalisierung erreichen, dass wir Menschen mit einer Suchterkrankung besser helfen können.

Christopher Lauer: Ein anderes Ziel, das wir damit erreichen wollen, ist, dass wir so die organisierte Kriminalität eindämmen. Es ist schon so, dass gerade bei Cannabis die Polizisten den einzelnen Fällen überhaupt nicht mehr nachkommen können. Das Problem ist im Grunde genommen nicht nur, dass Haschisch oder sonst was verkauft wird, sondern, dass die Leute, die das verkaufen, gleichzeitig auch mal ein iPhone abziehen oder sich an Prüge-

leien beteiligen. Das ist ein Aspekt, der in der Drogenpolitik oft ausgelassen wird.

Warum sollte man denn noch eine Droge legalisieren, wenn es doch schon legale Drogen wie Alkohol und Zigaretten gibt?

Simon Kowalewski: Es ist ja nicht so, nur weil Gras legalisiert wird, es auch mehr Leute konsumieren. Was passieren würde ist, dass Leute, die sowieso Gras konsumieren, das dann nicht mehr illegal machen würden. Die gesundheitlichen Risiken würden minimiert werden und die Gelder, die damit entstehen, würden dann nicht mehr an irgendwelche kriminellen Organisationen gehen.

Christopher Lauer: Ein Ziel ist außerdem: Ein risikokompetenter Bürger, der die Chancen und Risiken von Drogen einschätzen kann und nicht nur von Gras, sondern auch von Zigaretten und Alkohol. Die Frage ist: Was für ein gesellschaftliches Weltbild hat man? Hat man ein paternalistisches, also mehr der fürsorgende Staat, als Gesellschaftsbild oder sagt man, man möchte ein Gemeinwesen, das die Leute dazu ermutigt, selbstständig zu denken. Die Menschen sollten eine gewisse Risikokompetenz haben und selbst wissen, wie sie sich zu entscheiden haben.

Haben Sie schon ein genaues Konzept, wie die Legalisierung umsetzbar wäre oder sind Sie sich lediglich in den Grundthemen einig?

Simon Kowalewski: Es gibt viele verschiedene Modelle. Das eine, das steht gerade so ein bisschen im Mittelpunkt, da gerade beschlossen wurde, es in Kreuzberg auszuprobieren, nämlich einen Coffeeshop zu eröffnen. Also einen Ort, wo Marihuana und Haschisch kontrolliert und legal verkauft wird. Das soll aber nicht wie in den Niederlanden sein, wo zwar der Verkauf in den Coffeeshops legal ist, aber nicht der Anbau oder Großhandel. Die Idee dieses jetzt versuchten Projekts ist, mit Vertragsanbauern zu agieren.

Wofür werden die entstehenden Gelder eingesetzt?

Simon Kowalewski: Eine Möglichkeit wäre es, die Gelder in den Großen Haushalt zu

stecken, dann kommt es bei allen möglichen Sachen an. Die andere Möglichkeit wäre, es direkt in ein Drogenpräventionsprojekt zu investieren.

Ab welchem Alter sollte die Abgabe von Marihuana Ihrer Meinung nach erlaubt sein?

Simon Kowalewski: Meiner Meinung nach parallel zu Tabakprodukten und Alkohol ab 18. Es ist bei Cannabis festgestellt worden – es gibt fundierte Beweise – dass die Droge bei einem Erwachsenen keine wirklich nennenswerten negativen Auswirkungen hat. Tabak richtet wesentlich mehr Schaden an. Bei Jugendlichen zieht Cannabis tatsächlich negative Folgen nach sich. Wir haben Wirkungskreisläufe, die über Substanzen gesteuert werden, die Cannabis relativ ähnlich sehen. Dieses System baut sich erst in der Pubertät auf und wird durch die Einnahme von Cannabis gestört. Personen können dadurch Motivationsprobleme kriegen.

Werden im Bezug auf die Inhaltsstoffe Grenzen gesetzt?

Simon Kowalewski: Es wäre für mich zumindest eine Mindestanforderung, wenn man die Drogen legalisiert, dass für den Konsumenten klar ersichtlich draufstünde, was ist da der Wirkstoffgehalt? Man muss da, glaube ich, auch keine Grenzwerte setzen. Bei einer Flasche Schnaps weiß ich ja auch, davon sollte ich vielleicht nicht so viel trinken wie von Bier.

Christopher Lauer: Das ist ja der Vorteil einer Legalisierung, dass es bei Herstellern vom Staat einforderbare Nachweispflichten gibt.

Glauben Sie nicht, dass es weiterhin Dealer geben wird, die an die Jugendlichen Drogen verkaufen?

Christopher Lauer: Klar, aber das gibt es bei Alkohol ja auch, bloß es wird vielleicht als nicht so kritisch eingestuft. Natürlich werden mit den Coffeeshops nicht alle Probleme gelöst.

Simon Kowalewski: Ich glaube, dass die Möglichkeiten für Jugendliche, illegal an Drogen zu kommen, damit auch ganz klar sinken werden, da es sich für den Dealer einfach nicht lohnt, nur für die unter 18-jährigen bzw. im Görlitzer Park zu stehen und ihre Drogen zu verticken.



Simon Kowalewski



Christopher Lauer



Na wer hätte das gedacht?

ARD und ZDF kassieren zuviel Geld!

Ich habe schon vorher geschrieben, dass die Umstellung einer Gebührenerhöhung gleich kommt. Die Zahlen der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) bestätigen dies, wie erwartet. Die Rede ist von 73 Cent pro Monate, gesenkt wird aber nur um 48 Cent, angeblich um als Ausgleich auch einen Teil der Werbung streichen zu können. Man wird sehen, ob der Geldverbrennungsmoloch ÖRR sich damit zufrieden gibt.

Vielleicht hat der eine oder andere schon eine Info über die neuen Gebühren in der Hand, wobei sich hier die „GEZ“ sicherlich viel Zeit lassen wird, dies mitzuteilen.

Nach einem Zeitungsartikel haben ARD und ZDF in 2012 zusammen für Sport 801 Millionen Euro ausgegeben, also etwa ein Zehntel des Gesamtbudgets. Dabei muss immer bedacht werden, dass einiges doppelt produziert wird. Sinnvoller wäre es natürlich, wenn ARD und ZDF ihren Sport in eine zentrale Sportredaktion auslagern und nur noch einmal produzieren. Etwa 200 Millionen könnte man alleine damit einsparen.

Vieles dürfte jedenfalls Personalkosten sein, denn Wiederholungen machen mehr als ein Drittel des Programms aus.

Bei der QUALität, welche die ÖRR liefern, ist es auf jeden Fall viel zu viel Geld. Zumal einige der Methoden der Rundfunksteuergenerierung mich immer stark an Abzocke erinnern. Man denke nur an die Zweitwohnung: obwohl der Konsum sich nicht ändert, soll doppelt gezahlt werden. Für jene, die beruflich bedingt eine Zweitwohnung benötigen, eine zusätzliche Belastung, ohne dass dafür ein Mehrwert geboten wird.

In Colorado hatten die Bürger genug von Prohibition und Kriminalisierung. Nach einer Abstimmung ist seit Jahresbeginn Cannabis legal. Das brachte dem US-Staat allein im Januar zwei Millionen Dollar an Steuergeldern ein, die in die Prävention fließen sollen. Laut ersten Untersuchungen wird weniger gekifft als erwartet.

An einer Amnestie für die vor Gesetzesbeginn verurteilten Konsumenten in den Knästen wird gearbeitet.

Colorado und Washington waren die ersten Staaten - weitere US-Staaten wollen folgen.

FLUG-LÄRM-HAFEN

Der laute Nachbar Flughafen

CC BY-NC-ND ULRICH SCHARFENORT/ULRICS

Viele von uns fliegen ab und an in Urlaub oder auch beruflich. Da macht das Fliegen noch Freude. Anders sieht es aus, wenn man in der Nähe eines Flughafens wohnt. Da ist ein Nervfaktor vorprogrammiert.

Glücklich ist man hier nur, wenn die Flugzeuge nur von 6 bis 22 Uhr starten dürfen, also quasi ein Nachtflugverbot gilt. Quasi deshalb, weil auch ausserhalb dieser Zeit teilweise noch gelandet werden darf.

In einigen Fällen darf in Ausnahmen sogar mitten in der Nacht gestartet werden. Glücklich dürften hier Menschen mit sehr solidem Schlaf sein..

Erweiterungen

Obwohl den Flughafensbetreibern die Probleme der Nachbarschaft bekannt sind, streben sie beständig nach einer Erweiterung ihrer Flughäfen, bauen neue Landebahnen oder erweitern diese.

So weitete der Flughafen Düsseldorf in den vergangenen Jahrzehnten seinen Betrieb kontinuierlich aus. Immer nur mit kleinen Schritten. Nicht, weil der Flughafen keine größere Ausweitung möchte, sondern wegen des sogenannten „Angerlandvergleichs“, der dem Flughafen eine größere Ausweitung untersagt. Sonst wäre wahrscheinlich längst eine weitere Landebahn, wie in Frankfurt/Main gebaut worden.

In München konnten die Bürger einen Ausbau verhindern. Natürlich stecken wirtschaftliche Interessen hinter dem Ausbau und natürlich gibt es auch Arbeitsplätze an einem Flughafen. Die Frage stellt sich: welches Recht überwiegt? Körperliche Unversehrtheit oder freie Marktwirtschaft?

Lärm macht krank

Dass Lärmbelastungen krank machen, die Lebenserwartung senken und die Leistungsfähigkeit vermindern, zeigen zahlreiche Studien. Nicht nur der Fluglärm sorgt dafür, sondern auch Straße und Schiene. Diese können teilweise deutlich mehr Lärm erzeugen, doch wird Fluglärm negativer wahrgenommen.

In einem unfreiwilligen Selbsttest schlief der Autor dieses Artikels mal im Dorint Airport Hotel in Berlin-Tegel. Die Fenster waren nicht gedämmt. Man nahm den Lärm also wie draußen im Freien wahr.

Da Lärm krank macht, ist die Erzeugung durch Gesetze eingeschränkt. Dies geht auch auf den Grundsatz der körperlichen

Unversehrtheit zurück, der mit Fluglärm verletzt wird. So gesehen ist die Aktivität der Flughäfen Körperverletzung.

Schutzmaßnahmen

Es gibt natürlich Lärmschutzmaßnahmen. Lärmschutzfenster etwa. An Lüften ist dann nicht mehr zu denken, weil ja der Lärm wieder eindringt. Das heißt, zusätzlich muss eine Lüftungsanlage her, ebenfalls lärmgeschützt. Im Sommer braucht es gar eine Klimaanlage, weil man sich sonst kaputtschwitzt. Die Kombination aus Hitze und Lärm ist ein starkes Hemmnis für erholsamen Schlaf.

Im Garten zu sitzen ist ohne Lärmschutz auf den Ohren nicht mehr möglich. Ansonsten riskiert man in Flughafennähe Gehörschäden. Unterhaltungen werden immer wieder unterbrochen. Den Garten kann man in Flughafennähe also verkaufen, weil er eh nicht genutzt werden kann.

Wenn man „Glück“ hat, wohnt man in einer Zone, wo der Flughafen durch die Gesetze dazu verpflichtet ist, die Schutzmaßnahmen zumindest mitzutragen. Darüber hinaus, in weiter entfernten, aber auch lärmbelasteten Zonen muss der Flughafen nichts zahlen und die Menschen dort dürfen eventuelle Schutzmaßnahmen komplett aus eigener Tasche begleichen.

Fluglärm ist gefährlich.
Entweder Schallschutz massiv ausbauen oder Nachtflugverbot.

Christopher Lauer, Piratenfraktion Berlin



nen Dachziegel von den Dächern zu Boden gewirbelt werden. Im Umfeld des Frankfurter Flughafens (Main) sind zum Beispiel in den letzten Jahren ein gutes Dutzend dieser Fälle bekannt. Personenschäden sind bisher glücklicherweise ausgeblieben.

Verringerung der Arbeitskraft

Wie schon geschrieben, ist Lärm schädlich für den Organismus. Er vermindert unter anderem die Erholbarkeit des Schlafes, da durch den Lärm der Schlaf nicht so tief ist. Die Folge sind Menschen, die weniger erholt sind und damit automatisch empfindlicher auf andere Umwelteindrücke reagieren. Dies könnte zum Beispiel Stress auf der Arbeit sein oder Unaufmerksamkeit. Das heißt, Lärm senkt die Leistungsfähigkeit des Individuums, was letztendlich auch einen Arbeitsplatzverlust nach sich ziehen könnte. Die Menschen sind damit stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. Man nehme als Beispiel eine Stadt wie Duisburg, wo die Arbeitslosigkeit sehr hoch ist und gleichzeitig viele Lärmfaktoren (Straße, Schiene, Flugverkehr) zusammenkommen, was diese Theorie zu bestätigen scheint.

Die Flughöhe

Flugzeuge fliegen nicht immer mit gleichem Anstiegswinkel ab. Je nachdem, wie ihnen der Flugkorridor zugewiesen wird, steigen sie steiler oder flacher an. Der Treibstoffverbrauch ist bei flacheren Anstiegen natürlich niedriger, weshalb die Fluglinien das bevorzugen. Schließlich ist gerade beim Start Treibstoff nicht nur ein Kosten-, sondern ein Gewichtungsfaktor. Nicht ohne Grund kalkulieren Fluglinien möglichst knapp, um hier zu sparen. Dies hat schon zu Notlandungen an anderen Flughäfen geführt.

Je mehr Flugzeuge starten und landen, desto mehr dieser Flugkorridore werden ausgelastet. Mit steigendem Flugbetriebe wird auch immer niedriger geflogen. Womit die Lärm- und Dreckbelastung deutlich stärker steigt, als man für eine geringe Steigerung eigentlich annehmen würde.

Inlandsflüge

Es ist seltsam. Ein Flug innerhalb von Deutschland und teilweise sogar ganz Europa ist

meist günstiger, als die entsprechende Bahnreise. Hier können eigentlich nur Subventionen im Spiel sein, denn andernfalls könnten sich die Fluggesellschaften etwas derartiges gar nicht leisten.

Aus meiner Sicht überwiegen die Nachteile eines Fluges gegenüber den Vorteilen. Sei es nun im Sinne des Umweltschutzes (Lärm und Treibstoffverbrauch) oder der unsinnigen Regel für den angeblichen Schutz des Flugverkehrs mit Flüssigkeiten unterhalb einer bestimmten Menge, die einem die Mitnahme von Medikamenten und Toilettenartikeln erschwert.

Dazu kommt noch der Weg zum Flughafen mit den ganzen Formalitäten, eine Stunde vor dem Einchecken am Flughafen sein, Flugverspätungen in zunehmendem Maße, sodass Inlandsflüge aus meiner Sicht nur in den wenigsten Fällen wirklich Sinn machen und es verwundert, warum diese CO₂-Schleudern überhaupt fliegen dürfen. Nur auf Langstrecke können Flugzeuge wirklich ihre Vorteile ausspielen.

Wirbelschleppen

Neben der großen Gefahr einer gesundheitlichen Beeinträchtigung durch den Fluglärm gibt es auch noch weitere Gefahren, die für Anwohner durch startende und landende Flugzeuge ausgehen. Die sogenannten Wirbelschleppen sind eine dieser Gefahren. Diese Luftwirbel gehen von den Flügeln aus und können bei größeren Flugzeugen auch bei Höhen von 300 Meter noch den Boden erreichen und dort zu Schäden führen. So kön-

Wehrt euch!

Akzeptiert nicht einfach den Lärm in eurer Umgebung. Es gibt Regeln, die eingehalten werden müssen, aber nicht nur von euch, sondern auch von den anderen.

Umwelt und Natur und insbesondere Menschen und Tiere haben massiv unter Fluglärm zu leiden. Diese negativen Auswirkungen müssen mit einem umfassenderen Nachtflugverbot und besserem Lärmschutz minimiert werden. Aber auch die Reisenden selbst können etwas tun: Wer nicht unbedingt fliegen muss, sollte auf die Bahn umsteigen oder Flüge an den Randzeiten meiden. Gerade im Inland gilt: Auf die Schiene, anstatt in die Luft zu gehen!



Philipp Magalski, umweltpolitischer Sprecher, Piratenfraktion Berlin



RECHT AUF BETREUUNG

RECHTSANSPRUCH AUF KITA-PLATZ

CC BY-SA OLAF WEGNER/THOTH23

Eltern haben bundesweit seit dem 1. August 2013 einen Rechtsanspruch auf Betreuung und Förderung in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für ihre ein- und zweijährigen Kinder. In Deutschland wurden deshalb viele Kitas aus- oder neu gebaut. Nordrhein-Westfalen hat dafür ca. 440 Millionen Euro Fördergelder aufgewendet.

Nach den Aussagen der rotgrünen Landesregierung hat sich die Zahl der Betreuungsplätze für die U3-Kinder in den letzten fünf Jahren von 59.000 auf jetzt 145.000 mehr als verdoppelt. Weitere 13.000 U3-Plätze sollen im kommenden Kindergartenjahr dazukommen. Auch in der Betreuungsqualität sieht die Landesregierung die NRW-Kindertagesstätten an einer guten Position. Nach den Zahlen von Ministerin Schäfer liegen die NRW-Kitas in Sachen Personalausstattung im Vergleich der Bundesländer in der Spitzengruppe. Problematisch im Land NRW sind die fehlenden Betreuungsangebote gerade in Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte. Da es keine konkrete Bedarfserhebung gibt, weiß auch niemand, wie viele Angebote im Land fehlen. Unter bestimmten Umständen können auch Kleinkinder unter einem Jahr einen Anspruch auf Betreuung haben. Hier sind die Kommunen in der Pflicht, diesen Kindern und ihren Eltern einen Betreuungsplatz anzubieten. Generell gilt, dass es vom Alter des Kindes abhängig ist, welche Art von Betreuung verlangt werden kann.

Zur Betreuungszeit (Umfang pro Tag oder Woche) gibt es im Gesetz keine konkrete Festlegung. Der Umfang richtet sich nach dem individuellen Bedarf, also einer Einzelfallentscheidung. Zu den Mindest- und Höchstbetreuungszeiten fehlt jedoch eine eindeutige Klärung. Bei der Mindestbetreuungszeit muss der Bildungsanspruch beachtet, vor allen Dingen aber muss der erforderliche Zeitraum für eine gelingende Beziehung zwischen Kind und Betreuer/in ausreichend berücksichtigt werden. Deshalb muss sich die Höchstbetreuungszeit vor allem am Kindeswohl orientieren – Kinder dürfen nicht „weg organisiert“ werden.

Grundsätzlich haben die Eltern das Recht, die Betreuungsart zu wählen. Da sich das sogenannte Wunsch- und Wahlrecht jedoch nur auf verfügbare Angebote beziehen kann, bedeutet dies natürlich gleichzeitig auch, dass nur, wenn der bestimmte Platz in einer Betreuungseinrichtung verfügbar ist, dem Elternwunsch entsprochen wird.

Jedoch muss ein alternatives Betreuungsangebot in einer zumutbaren Entfernung des Wohnortes angeboten werden. Was darunter allerdings genau zu verstehen ist, darüber gibt es unterschiedliche Rechtsauffassungen. Angebote in der Kindertagespflege oder ein Betreuungsplatz bei einer qualifizierten Kindertagespflegerin gelten bei Kindern unter 3 Jahren als gleichwertig. Auch hier gilt, dass der angebotene Betreuungsplatz wohnortnah sein muss. Die Verpflichtung des zuständigen Jugendamts ein wohnortnahes Betreuungsangebot vorzuhalten, heißt für die Eltern jedoch nicht, dass sie diese auch in Anspruch nehmen müssen – weil hier wieder das im Kinder- und Jugendhilferecht normierte Wunsch- und Wahlrecht gilt.

Schwierig ist es für die Eltern, die für ihre Kinderbetreuung lieber ein Angebot, das nicht der Gemeinde des Wohnortes zugeordnet ist, in Anspruch nehmen möchten. Das ist jedoch nicht immer ohne weiteres möglich. Mitunter gestaltet sich die Übernahme der Kosten für den Betreuungsplatz, bedingt durch ungleiche kommunale Zuständigkeiten schwierig. Gerade Eltern, die zufällig in einer finanzschwachen Gegend wohnen sind, aufgrund fehlender gesetzlicher Ausgleichsstrukturen zwischen den Gemeinden, letztlich in ihrem Wunsch- und Wahlrecht eingeschränkt.

Nun suchen Eltern in der Regel aber nicht irgendeinen, sondern den, für ihr Kind besten Betreuungsplatz. Wenn es genügend Betreuungsplätze geben würde, hätten die Eltern auch die Möglichkeit sich für das eine oder das andere Betreuungsangebot zu entscheiden. Sie befinden sich jedoch in der Zwangslage, zu nehmen was sie kriegen können. Ob das dann ihrer Meinung nach gut oder schlecht, gemeindefremd oder ortsnah ist, spielt fast keine Rolle mehr.

Dadurch stehen sich Eltern und Kindertageseinrichtung nicht mehr gleichberechtigt und auf Augenhöhe gegenüber, und diese handgemachte Abhängigkeit der Eltern führt zu einer enormen Schieflage in der doch angestrebten Erziehungspartnerschaft. Von Partnerschaft kann bei einer solchen Schieflage keine Rede sein. Von den Gewissensbissen der Eltern, die sich zwischen Beruf und Familie befinden und die sich notgedrungen nicht beschweren ganz zu schweigen.

Und was ist mit den über 3-jährigen Kindern? In vielen Städten gibt es Versorgungspässe für ihre Betreuung. Die Eltern, die für ihr Kind bis zum dritten Lebensjahr die Kindertagespflege als Betreuungsform gewählt haben, befürchten nun, dass sie im Anschluss keinen Platz in einer Kindertageseinrichtung mehr bekommen. Auch diesen Kindern geht, vor allem durch die personelle Situation in den Einrichtungen, Bildungs- und Betreuungsqualität verloren.

Dies ist ein Teufelskreis, in dem kein Kind verloren gehen sollte. Diese bestehenden Problemlagen muss die Landesregierung benennen und in Angriff nehmen.

Medientipps



**Sozialliberale Piraten:
Wofür stehen die?**

Krähenest-Podcast

Nachdem sich einige Gliederungen der PIRATEN neuerdings als „sozialliberal“ bezeichnen, haben die Podcaster vom NRW-Krähenest mit Politikwissenschaftler Fotios Amanatides über die Geschichte des Begriffs gesprochen. Das Thema ist schon seit mindestens 500 v. Chr. in der politischen Diskussion. Es gibt zwei wesentliche Aspekte der Freiheit: erstens die negative Freiheit von etwas, die positive Freiheit, also zu etwas. Konkreter persönliche Freiheit, Rechtssicherheit und rechtliche Gleichstellung. Die Freiheit des Einzelnen im menschlichen Zusammenleben fasst man darunter, aus einer Perspektive des einzelnen. Gleichzeitig steht der soziale Aspekt im Raum, der allerdings in Deutschland vielfach vergessen wurde. Es soll nämlich Chancengleichheit geben. Das

ist, was die Fairness und Gerechtigkeit zwischen den Menschen ausmacht. Teilhabe ist ein wesentliches Element von liberalem, aber auch sozialem Verständnis einer Gesellschaft.

Im Piraten-Programm kommt die maximale Forderung nach Freiheit an allen möglichen Stellen vor, aber auch Teilhabe und Chancengleichheit. Es muss natürlich auch ein Ausgleich im Sinne der Fairness geschaffen werden, denn die Freiheiten des Individuums kollidieren an einem gewissen Punkt mit den Freiheiten von anderen Individuen.

Immer wieder taucht an die Partei die Frage auf: „Wofür steht ihr?“ Jetzt kann man dem Bürger immerhin schon einmal sagen: „Die Piraten sind sozialliberal“. Auch wenn wir das links-rechts-Schema ablehnen, haben es die Menschen so gelernt. Man muss sie da ein Stück weit abholen. Das mit dem „sozialliberal-sein“ ist also die erste Antwort auf die Frage. Weitere Antworten zu den Einzelheiten finden sich im ausführlichen Programm. Als Empfehlung zum Weiterlesen das Buch von John Rawls: Gerechtigkeit als Fairness, das den aktuellen Forschungsstand wiedergibt (ISBN 3518294040). Rawls wendet sich ab von den marktradikalen Gesellschaftsmodellen und präsentiert ein liberales Modell mit titelgebender Fairness in der modernen Gesellschaft. - stm

Den Podcast gibts auf <http://www.pirat.ly/isc51> (<http://kraehennest.piraten-wagen-mehr-demokratie.de/ShowFeed.aspx?id=13787>)



Pirateninfo.de

Die zentrale Informationsplattform der Piratenpartei

„Wer sucht der findet?“ Das trifft zwar bei mancher amerikanischen Datenkrate zu, bei den Piraten war das bis vor kurzem jedoch schlicht unmöglich. Die beiden Bundesbeauftragten Sasa Raber aka @fidelisamica und Christiane Schinkel aka @laine42 und das bundesweite Pirateninfo-Team haben die Plattform innerhalb kürzester Zeit realisiert. Bisher war es schwierig herauszufinden, welcher Themenbeauftragte sich zum Beispiel um das Thema „Urheberrecht“ kümmert. Jetzt kann der interessierte Bürger einfach nachschauen und seine Frage an den Beauftragten richten. Themen für Bund und Land sind untergliedert, Namen, Mailadressen etc. dort zu finden. - timecodex&C.Schinkel

<http://www.pirateninfo.de>



**Alternativlose Kommunikation im Internet
Von Trollen, Noobs und anderen Störern**

Trolle, Empöreria und schlechte-Laune-Lawinen

Ein großer Teil der Elektrokommunikation findet in Foren statt. Wir lernen die häufigsten Benutzergruppen kennen. Da gibt es zum einen die Lurker. Sie verhalten sich eher passiv, lesen die Diskussionen mit ohne je selbst dran teilzunehmen. Oder eben die Noobs, neue Mitleser, die einfach nur Anfänger-Fragen stellen. Andere fühlen sich dann herausgefordert, ihnen zu antworten, woraus sich vielerlei sinnfreie Diskussion entspannen.

Das führt auch zu Fragen rund ums Argumentieren, Überreden und Überzeugen: unfaire Diskussionen sind schnell vom Zaun gebrochen. Vor allem dann, wenn es Diskussionspartnern gibt, die nichts anderes im Sinn haben als eine ziellose, möglichst konfuse Diskussion entstehen zu lassen: die so genannten Trolle. Nur wenige davon sind oft genug der Tod einer Mailingliste oder eines Forums.

Interessante Betrachtungen gibts in der zweiten Hälfte der 3-stündigen, gutgelaunten Podcasterrunde: das Thema der sozialen Bewegungen und ihrer Kommunikation. Soziale Bewegung haben sich immer dann selbst zerlegt, wenn sie von der Bearbeitung ihrer großen Ziele abgewichen sind, sich stattdessen auf die Gestaltung ihrer Kommunikation fokussiert haben, also an ihrer Sprache gearbeitet haben. Die Rechte der eigenen Mitstreiter gehen verloren, denn sie sind häufig das Angriffsziel. Zu beklagen ist, dass dann die Energie, eigentliche Missstände zu ändern, aufgebraucht wird. - stm

Den Podcast gibts im kostenlosen Download als MP3, Vorbis und Opus-Audiodatei auf <http://alternativlos.org/31/>

Die Diskussion auf elektronischen Kommunikationsmedien verläuft extrem: die Debatten verlaufen zwischen „super toll, alles ganz prima“ und abgrundtief schlimm und schlecht. Die Konstruktivität fehlt. Es gibt keine richtigen Debatten mehr, nur noch Hype, Bashing und Hysterie. Aber nicht nur das: politische Debatten im Netz werden von kommerziellen Interessen aufgegriffen und zum Beispiel in Produktwerbung verarbeitet. Alle diese Phänomene der entpersönlichten Kommunikation sind Thema des jüngsten „Alternativlos“-Podcast Folge 31 vom 15. April 2014 mit Frank Rieger (CCC-Sprecher), Felix von Leitner (bloggt auf blog.fefe.de) und Linus Neumann (bei netzpolitik.org), allesamt verwoben mit dem Chaos Computer Club.

„Wer sagt, dass etwas nicht geht, sollte die nicht stören, die es gerade machen.“

TEILEN IST DAS NEUE HABEN

CC BY-SA CHRISTINE ZANDER & STEFAN MÜLLER

Muss man immer alles haben wollen? Ein Trend setzt sich durch: die locker organisierte „Share Economy“ ermöglicht es, Dinge zu teilen, gemeinsam zu nutzen und anderen eine Freude zu machen, unkompliziert und ohne finanzielle Interessen. Mit oder ohne Webseite, für materielle und immaterielle Güter. Ein Blick auf die Möglichkeiten.

MATERIELLES TEILEN VON DINGEN ZUM ANFASSEN

GIVE BOX

Die Givebox ist ein Kasten, in dem Sachen, welche nicht mehr gebraucht werden, abgegeben werden können. Man gibt es und nimmt etwas, wenn man möchte. EBay ist kompliziert, Kleinanzeigen dauern, Flohmärkte sind jedermanns Sache, was mit Kleiderspenden passiert, ist nicht immer klar, Recycling braucht auch Energie. Nach einigen Giveboxen in Berlin gibt es nun überall welche. Standorte findet man per Websuche, viele Boxen haben eine Seite auf Facebook. Ob so eine Givebox dauerhaft funktioniert, hängt von vielen Dingen ab, wie etwa Paten, die rund um die Box nachschauen, ob alles okay ist. In Mönchengladbach wurde gerade eine Box geschlossen, da dort täglich mehrere Säcke Müll abgeladen wurden. Schade, dass manche eine gute Idee nicht verstehen. Wer teilt, bekommt meist mehr zurück, als er gibt.

REPAIR CAFE

Kaputte Haushaltsgeräte wegwerfen? Oder geht da noch etwas? Doch beim Profi ist die Reparatur oft so teuer, dass sie den Zeit- oder sogar Neuwert übersteigt. Da hilft man sich und anderen selbst: im Repair-Cafe, bei ehrenamtlichen Treffen. Die Idee dahinter ist, nicht nur einen Ort des Austauschs und des Von-einander-Lernens zu schaffen, sondern auch ein kleines Zeichen gegen die Wegwerfgesellschaft zu setzen. Es kostet nichts mehr ein freundliches Dankeschön.

GROSSSTADTBAUERN

Eine Idee aus Hamburg: Die „Großstadtbauern“ möchten mitten in Hamburg kommunale Großstadtbauernhöfe gründen. Offen für alle Gärtner, Biologen, Interessierten und spontanen Besucher, soll er die Möglichkeit bieten, heimisches Gemüse und Kräuter zu ziehen, neue Anbautechniken zu erproben und zu experimentieren. Dies alles natürlich und nachhaltig. In mobilen modularen Beeten, wie Kisten und Säcken, haben alle Gärtner und Hobbygärtner die Möglichkeit, Lebensmittel und Gewürze lokal zu produzieren. Dadurch wird das urbane Zusammenleben gefördert und darüber hinaus wird ein Raum zum gesellschaftlichen Miteinander, Diskurs und Austausch geschaffen, in dem nicht nur Pflanzen prächtig gedeihen. Aussaat, Aufzucht und gemeinsame Ernte bekommen eine tiefere Bedeutung, schreiben die Initiatoren auf ihrer Facebook-Seite.

BÜCHERSCHRÄNKE

Ein Bücherschrank ist eine öffentliche Büchertauschbörse und bereichert als kostenfreie Ergänzung zu Stadtbibliothek, Buchhandlungen und Antiquariaten den öffentlichen Raum. In so einen wetterfesten Schrank können Anwohner und Passanten jederzeit Bücher hineinstellen, aber auch Lektüre herausnehmen. In immer mehr Städten Deutschlands ist der offene Bücherschrank bereits erfolgreich etabliert. Durch das Prinzip des Gebens und Nehmens



macht der Bücherschrank kulturelle Bildung für jeden Bürger zugänglich und das unabhängig von irgendwelchen Öffnungszeiten.

ÖFFENTLICHE KÜHLSCHRÄNKE

Da hat man was gekauft, kann es aber nicht aufessen: wer kennt das nicht? Bisher blieb oft nur noch, gute Lebensmittel wegzwerfen. Aber an immer mehr Orten entstehen im Zuge der Foodsharing-Bewegung die „öffentlichen Kühlschränke“. Da hier verderbliche Ware im Spiel ist, muss das ganze intensiver betreut werden, als etwa Bücher oder altes Spielzeug. Deshalb ist der ideale Aufstellort ein Bioladen oder Supermarkt, wo sich Leute kümmern. Positiver Nebeneffekt für den Händler: wer schonmal da ist, kauft gerne etwas neues ein.

MODE

Alle grösseren Städte sind von einem nahezu identischen Netz an Modeketten überzogen – es ist schwierig etwas einzigartiges zu finden. Außerdem quellen unsere Kleiderschränke sowieso über – und trotzdem haben wir nichts zum Anziehen. Hier ist Second Hand eine echte Alternative. Neben Vintage-Stores und Flohmärkten entstehen immer mehr Tauschkonzepte, die das Thema Konsum anders interpretieren.

- **Zum Beispiel das Flohmarktportal Kleiderkreisel.de:** Es tummeln sich dort inzwischen rund 400.000 Mitglieder, die ihren Kleiderschrank digital ausgemottet haben, Kleidung verkaufen, tauschen oder kaufen.
- **Die Kleiderei in Hamburg:** Das Geschäft erinnert an eine Bücherei. Mitglieder zahlen 14 Euro im Monat und dürfen dafür jede Woche zwei Teile aus ihrem öffentlich zugänglichen Kleiderschrank mit nach Hause nehmen. Ihr Projekt begreifen seine zwei Macherinnen als Kritik an der Wegwerfgesellschaft.

In vielen Städten werden **Kleidertauschparties** immer beliebter, die teils privat, aber auch öffentlich stattfinden.

TAUSCHRINGE

Jede/r braucht mal Hilfe im Alltag oder kann mit den eigenen Fähigkeiten anderen helfen. Im Tauschring finden Menschen zusammen und tauschen ihre Fähigkeiten bzw. ihr Wissen aus. Jede/r kann anbieten, was ihr/ihm Spaß macht, so z.B. Hecke oder Haare schneiden. Es können auch Gegenstände getauscht werden. Dabei gilt: Jede Arbeit ist gleich viel wert, egal ob man z.B. putzt oder Computer-Unterricht gibt. Getauscht wird die Arbeits-Zeit, die in einer Tauscheinheit abgerechnet wird. Der Tauschring lebt vom Geben und Nehmen!



IMMATERIELLES TEILEN VON VIRTUELLEN GÜTERN

CREATIVE COMMONS

Freie Inhalte sind wichtig für Menschen, die kein Geld für Texte, Bilder, Musik usw. ausgeben können oder wollen. Das bieten die sogenannten Creative Commons-Lizenzen. Außerdem dürfen Inhalte unter bestimmten CC-Lizenzen verändert und weiterverarbeitet werden. Das ist wichtig für Menschen, die zum Beispiel künstlerisch mit den Inhalten umgehen wollen.

Creative Commons (CC) ist eine gemeinnützige Gesellschaft, die im Internet verschiedene Standard-Lizenzverträge veröffentlicht, mittels welcher Autoren an ihren Werken, wie zum Beispiel Texten, Bildern, Musikstücken usw. der Öffentlichkeit Nutzungsrechte einräumen können. Die Creative-Commons-Lizenz zählt auch heute trotz vieler Aufklärungsversuche noch immer zum Spezialwissen weniger eingeweihter Nerds und Experten. Die Piratenpartei verwendet für ihr Piratenwiki und viele Partei-Webseiten ebenfalls eine CC-Lizenz (Piratenwiki:Lizenz).

Die Creative-Commons-Lizenzen und ihre Bedingungen

CC0/CC Zero	völlig bedingungslose Lizenz: (fast) alles geht, selbst Weiterverkauf unter eigenem Namen!
CC by	lediglich Namensnennung des Lizenzgebers erforderlich
CC by-sa	Namensnennung, Weitergabe unter gleichen Bedingungen
CC by-nd	Namensnennung, keine Veränderung am Werk erlaubt
CC by-nc	Namensnennung, Nutzung nur nicht-kommerziell erlaubt
CC by-nc-sa	Namensnennung, nicht kommerziell, Weitergabe des ggf. modifizierten Werkes unter gleicher Lizenz, also BY-NC-SA
CC by-nc-nd	Namensnennung, nicht kommerziell, Bearbeitung nicht erlaubt

WIKIMEDIA

Wikimedia ist eine internationale gemeinnützige Organisation, die Freies Wissen fördert. Durch die Sammlung, Entwicklung und Verbreitung von Freien Inhalten in allen Sprachen der Welt wird dieses Ziel verfolgt. Wikimedia Deutschland, Gesellschaft zur Förderung Freien Wissens e.V. unterstützt verschiedene Projekte. Das größte ist Wikipedia - die freie Enzyklopädie, deren Betreiberin die Wikimedia Foundation ist, sowie die Freie Software dazu: MediaWiki.

FREIE SOFTWARE

Freie Software zeichnet sich dadurch aus, dass sie nicht nur kostenlos ist, sondern von allen Interessenten uneingeschränkt benutzt, untersucht, verbreitet und verändert werden kann. Sie garantiert ihren Nutzerinnen alle wesentlichen Freiheiten, die notwendig sind, um die Kontrolle über ihre technischen Systeme selbst zu übernehmen und diese gegebenenfalls kollektiv und demokratisch weiter zu entwickeln. Dies leistet einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung von Autonomie und Privatsphäre aller Nutzer.

Insbesondere Bildungseinrichtungen und die gesamte öffentliche Verwaltung sollen schrittweise darauf hinarbeiten, ihre gesamte technische Infrastruktur auf Freie Software umzustellen, um so langfristig Kosten für die öffentlichen Haushalte und die Abhängigkeit von einzelnen Herstellern zu reduzieren, fordert die Piratenpartei in ihrem Grundsatzprogramm.

GITHUB

In erster Linie für Softwareentwickler interessant, aber nicht nur: GitHub ist ein webbasierter, kommerziell operierender Hosting-Dienst für quelloffene Software-Projekte. Jeder Nutzer ist aufgerufen, seine Änderungen direkt bereitzustellen und anderen zu ermöglichen, instantan mit seinem modifizierten Code zu arbeiten. Dies beschleunigt die Weiterentwicklung enorm und führt zu stärkerer Vernetzung. „Social Coding“ nennt das Github. Es gibt ihn seit 2008. Mittlerweile ist Github die populärste Web-Plattform, gemeinsam Freie Software zu entwickeln. Das sind etwa Tools wie PHP, Perl, jQuery, die hinter den Kulissen für ein benutzerfreundliches, leistungsstarkes Web sorgen - und für Spezialisten-Jobs.

PROJEKT GUTENBERG

Es gab es schon drei Jahre vor der Erfindung des Internet-Protokolls TCP/IP 1974: eine kostenlose, von Freiwilligen erstellte digitale Bibliothek. Die ersten 20 Jahre, ab 1971, tippte Gründer Michael Hart die ersten Bücher größtenteils selbst ein, unter anderem US-Verfassung, Bibel und Shakespeares gesammelte Werke. Heute lassen sich auf <http://www.gutenberg.org> über 42.000 hauptsächlich englischsprachige E-Books kostenlos lesen und downloaden, meist von Autoren, die vor mehr als 70 Jahren gestorben sind und deren Werke so „gemeinfrei“ wurden, also nicht mehr dem Urheberrecht unterliegen.

OPEN STREETMAP (GIS)

Digitale Landkarten sind eher selten frei erhältlich. Wer eine Anfahrtsskizze auf seine Homepage stellen oder in ein Druckwerk einbinden möchte, kann dies oft nur durch Lizenz-Erwerb von kommerziellem Kartenmaterial tun. Ähnliches gilt für Forschung und Lehre. Wer für den Unterricht eine Wahlkreiskarte oder dergleichen benötigt, muss oft auf proprietäre Daten zurückgreifen - oder begibt sich auf juristisches Glatteis. Eine Karte, weltweit, gezeichnet von Freiwilligen? Unmöglich? Eher nicht: seit 2004 gibt es mit der *Open Street Map* eine Antwort. Örtliche Nutzer teilen ihre Karten-Beiträge in einer globalen Datenbank, und schaffen so Schritt für Schritt eine umfassende Karte. Dazu motivierte das Projekt zahlreiche Datenlieferanten unterschiedlichster Art, ihre Geodaten bereitzustellen. Von Paketdiensten bis zur Autobahnverwaltung oder der Leihgabe von Satellitenfotos zum Abzeichnen. Auf openstreetmap.de gibt es die Karte, aber auch Vektordaten und die komplette Datenbank dahinter - kostenlos unter der freien Open-Data-Base-Lizenz.

FREIFUNK

Freie Internet-Funknetze werden von immer mehr Menschen in Eigenregie aufgebaut und gewartet. Jeder Nutzer im freifunk-Netz stellt seinen WLAN-Router mit etwas Extra-Software von <http://freifunk.net> für den Datentransfer den anderen Teilnehmern zur Verfügung. Im Gegenzug kann er oder sie ebenfalls Daten, wie zum Beispiel Text, Musik und Filme über das interne freifunk-Netz übertragen oder über von Teilnehmern eingerichtete Dienste im Netz chatten, telefonieren und gemeinsam Onlinespiele spielen. Vision ist die Demokratisierung der Kommunikationsmedien durch freie Netzwerke. Die praktische Umsetzung dieser Idee nehmen Freifunk-Communities in der ganzen Welt in Angriff. Besonderer Vorteil: durch die dezentrale Struktur fällt Geheimdiensten wie der NSA das Überwachen schwerer. Nutzer haben die Kontrolle.

Unsichere Schulsozialarbeit in NRW

Was bedeutet das für die Kinder und ihre Familien?

CC BY-SA OLAF WEGNER/TOTH23

Die Achterbahnfahrt der Schulsozialarbeiter/innen ist hinsichtlich ihrer Weiterfinanzierung noch nicht beendet. Immer noch ist die Situation an den Schulen für Eltern, Lehrer und die Kinder in der Schwebe. Schon im letzten Jahr hatten zum Teil, aufgrund der ungewissen finanziellen Situation, die Schulsozialarbeiter/innen gekündigt, die vorab über Jahre an ihren Schulen mit viel persönlichen Engagement das nötige Vertrauen aufgebaut hatten, um eine erfolgreiche Arbeit umsetzen zu können.



Die Weiterfinanzierung in den Kommunen ist nur bis Ende 2014 eingeschränkt geklärt. Das aber heißt, dass die Schulsozialarbeiter/innen vor der Frage stehen, ob sie über den Rest des Jahres 2014 hinaus überhaupt vor Ort sind. Wie sollen sie unter diesen Umständen dauerhafte Unterstützungsprozesse für die Kinder etablieren, Entlastungsstrukturen für die Lehrer schaffen und vertrauensbildende Verfahren mit den Eltern sicher verankern? Vor diesem Hintergrund grenzt es schon an eine Frechheit, dass die rotgrüne Landesregierung die Piratenfraktion angegriffen hat, als diese im Haushaltsverfahren 2014 die Fehlbeträge von 100 Millionen für die garantierte Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit gefordert haben.

Laut Aussage der Landesregierung hätten die Kommunen noch finanzielle Reserven und die Schulsozialarbeit sei damit gesichert. Und wieder wurde beteuert, dass sich ja auf Bundesebene dafür eingesetzt werde, dass die Mittel weiter aus Berlin fließen. Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles von der Bundes-SPD hat gerade klargestellt, dass die Schulsozialarbeit als Schnittstelle zwischen Schulen, Familien und Jugendhilfe

ein Landesthema sei. Der Bund sieht sich nicht zuständig und die Länder und Kommunen sollen schauen, wie sie die Schulsozialarbeit finanzieren.

Damit steht die Schulsozialarbeit vor einem lange absehbaren Scherbenhaufen. Es gibt noch kein sicheres finanzielles Konzept, um eines der wenigen sozialpolitischen Erfolgsmodelle weiterzuführen, es ist auch kein Landesprogramm zur langfristigen und nachhaltigen Sicherung der Schulsozialarbeit in Sicht. Dabei hätten die Eltern, Lehrer und vor allem die Kinder die Kontinuität gebraucht, gerade vor dem Hintergrund des Bezugs zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen und den Ausbau von Inklusion und Ganztagschulen. Die Arbeit der Schulsozialarbeiter hatte sich bewiesenermaßen schon bewährt. Es wiegt doppelt schwer, dass hier Koalitionsspielchen auf dem Rücken von Schulsozialarbeiter/innen, Kommunen, Eltern, Lehrern und Kindern ausgetragen werden.

Das Argument, dass im Land NRW kein Geld dafür da sei, ist schlichtweg falsch. Gerade die Weiterführung der Schulsozialarbeit ist derzeit das beste Programm, um zukünftige Genera-

tionen vor vermeidbaren Kosten zu bewahren. Jede Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer, der Eltern und der Sozialkassen durch die Arbeit der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter ist ein Zugewinn für die Behebung gesellschaftlicher Probleme und sozialer Ungleichheit. Wer hier den Rotstift ansetzt, versündigt sich an nachfolgenden Generationen.

Schulsozialarbeit an unseren Schulen ist hochgradig präventiv. Bei der Entwicklung gemeinsamer pädagogischer Ziele zwischen Schule und Jugendhilfe gilt sie als Brückenfunktion. Vielfältige Problemlagen sind an den Schulen zu beobachten. Den Lehrern fehlt oft die Zeit, sich mit den Problemen der Schüler zu befassen. Unterschiedlichen Lernniveaus (Dyskalkulie, Leserechtschreib-Schwäche etc.), soziale und gesellschaftliche Hintergründe (wie etwa Migration, Aggressivität, Kindeswohlgefährdung, Langzeitarbeitslosigkeit der Eltern) wirken sich auf den täglichen Ablauf in den Schulen aus.

Lehrer/innen können die Verhaltensauffälligkeiten zwar registrieren, sich aber nicht damit auseinandersetzen, weil ihnen dafür Zeit und Ausbildung fehlen. Deshalb brauchen wir die

sozialpädagogische Professionalität der Schulsozialarbeiter/innen, um Lehrer und Eltern zu unterstützen und den Kindern an den Schulen die gleichen Chancen einzuräumen.

Nicht zu vergessen ist, dass Schulsozialarbeit als professionelles Bindeglied zwischen Jugendhilfe und Schule fungiert und den Kontakt zu vielen weiteren Kooperationspartnern, Einrichtungen und Trägern organisiert. Durch die Schulsozialarbeit wird eine essentiell notwendige Arbeit für Kinder und Jugendliche und für Lehrer und Eltern geleistet, die an jeder Schule, unabhängig von der Schulform dringend gebraucht wird.

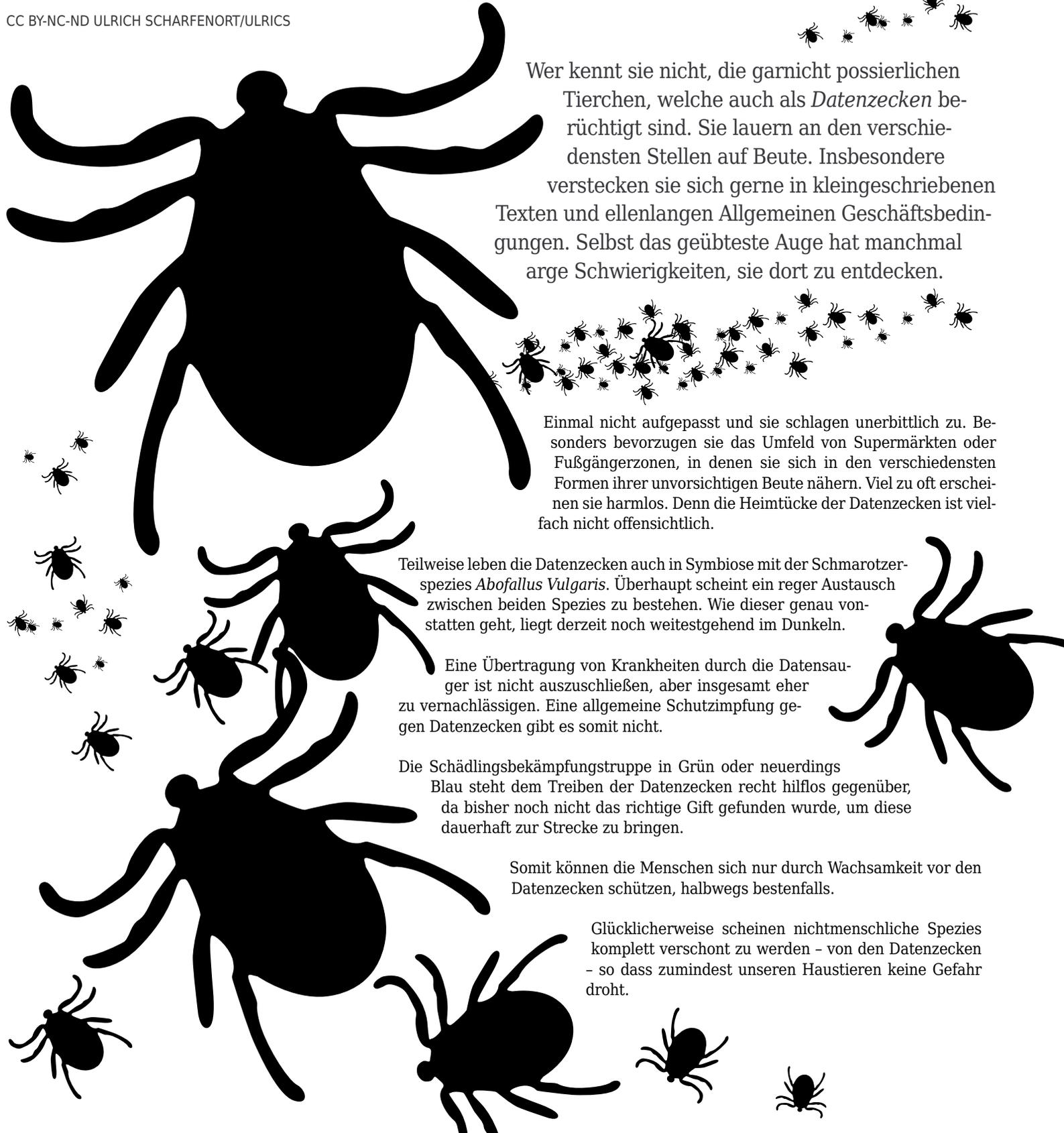
Auch Inklusion als pädagogische Aufgabe wird langfristig scheitern, wenn sie sich nur auf das „Lernen“ beschränkt! Eine Schule auf dem Weg zu Inklusion muss sich zum Sozialraum öffnen und benötigt dringender denn je Kooperation. Ohne die Hilfe der Schulsozialarbeit und deren Ansätze wird diese Umsetzung jedoch kaum möglich sein.

Eine Entfristung und garantierte Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit ist dringend notwendig.

Aus Gebrüder Grimms Tierleben

DIE DATENZECKE

CC BY-NC-ND ULRICH SCHARFENORT/ULRICS



Wer kennt sie nicht, die garnicht possierlichen Tierchen, welche auch als *Datenzecken* berüchtigt sind. Sie lauern an den verschiedensten Stellen auf Beute. Insbesondere verstecken sie sich gerne in kleingeschriebenen Texten und ellenlangen Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Selbst das geübteste Auge hat manchmal arge Schwierigkeiten, sie dort zu entdecken.

Einmal nicht aufgepasst und sie schlagen unerbittlich zu. Besonders bevorzugen sie das Umfeld von Supermärkten oder Fußgängerzonen, in denen sie sich in den verschiedensten Formen ihrer unvorsichtigen Beute nähern. Viel zu oft erscheinen sie harmlos. Denn die Heimtücke der Datenzecken ist vielfach nicht offensichtlich.

Teilweise leben die Datenzecken auch in Symbiose mit der Schmarotzerspezies *Abofallus Vulgaris*. Überhaupt scheint ein reger Austausch zwischen beiden Spezies zu bestehen. Wie dieser genau vonstatten geht, liegt derzeit noch weitestgehend im Dunkeln.

Eine Übertragung von Krankheiten durch die Datensauger ist nicht auszuschließen, aber insgesamt eher zu vernachlässigen. Eine allgemeine Schutzimpfung gegen Datenzecken gibt es somit nicht.

Die Schädlingsbekämpfungstruppe in Grün oder neuerdings Blau steht dem Treiben der Datenzecken recht hilflos gegenüber, da bisher noch nicht das richtige Gift gefunden wurde, um diese dauerhaft zur Strecke zu bringen.

Somit können die Menschen sich nur durch Wachsamkeit vor den Datenzecken schützen, halbwegs bestenfalls.

Glücklicherweise scheinen nichtmenschliche Spezies komplett verschont zu werden - von den Datenzecken - so dass zumindest unseren Haustieren keine Gefahr droht.

Das Letzte

TTIP

ACTA-ZOMBIE APOKALYPSE

Illu: CC BY-SA – Peter Amende

SIE sind wieder da:

ACTA, das atlantische Freihandelsabkommen, wurde vor 2 Jahren von einer breiten Bewegung besiegt! Doch sie geben nicht auf: jetzt gibts TTIP/TAFTA und als Snack zwischendurch: CETA! Und dann noch TiSA! Das europäisch-kanadische Abkommen CETA beinhaltet bürgerrechtsfeindliche Regelungen. **So droht etwa Knast für Kopieren. Schon im Sommer könnte CETA diskussionslos unterzeichnet sein.** Das muss gestoppt werden! Bürgerrechte nicht über Bord werfen: Dafür setzen sich Piraten ein.